

bayerische schule

77. JAHRGANG # 6 2024 6. Dezember

D A S M A G A Z I N D E S B L L V

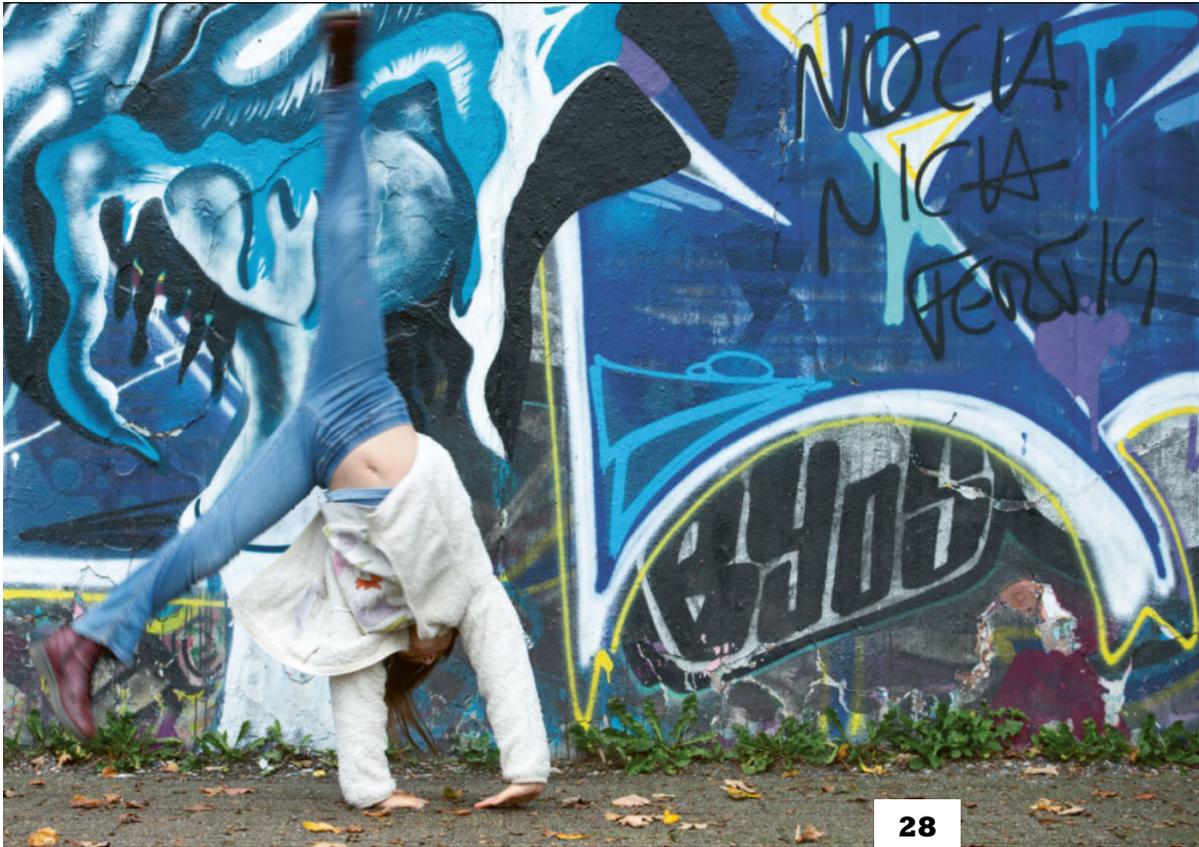


Vielfalt leben

Kinderhilfe: Gute Nachrichten aus Ayacucho

Schulpolitik: Bildung gerecht gestalten

BLLV



28



52



36



06 Bildungsticker

POLITIK

08 **Bildungsgerechtigkeit** Start einer BLLV-Dialogreihe

16 **Exen** Kommentar gegen Überfallbenotung

18 **Gespräche**

20 **Akzente** Zeit für was ganz anderes

22 **Landtag** Bundeswehr erhält Zugang zum Unterricht

23 **Cartoon**

THEMA

24 **Essay** Soziologen-Trio untersucht „Triggerpunkte“

28 **Feature** Vom Umgang mit Normen und Rollen

36 **Interview** Sandra Schäfer über das Referat „Gleichberechtigt!“

40 **Leitartikel** Wir leben Vielfalt



SERVICE

42 **Recht** Verfehlung bei Dienstaufsichtsbeschwerde

46 **Dienstrecht** Modernisierung per Gesetz

50 **Reisedienst** Aufbruch zur kulturellen Vielfalt

51 **Akademie** Kommunikation trainieren



VERBAND

52 **BNE-Pakt IX** Wie sich eine Berufsschule fürs Klima engagiert

58 **Schulpreis** Der BLLV besucht die Eichendorffschule

62 **Kinderhilfe** Gute Neuigkeiten aus Peru



71 **Impressum**

11%

der Lehrkräfte ...

■ ■ ■ an allgemeinbildenden Schulen in Deutschland hatten im Jahr 2023 eine Einwanderungsgeschichte. Bei den Schülerinnen und Schülern waren es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gut dreimal so viele (29 Prozent). Ein Großteil von ihnen (59 Prozent) hatte keine Einwanderungsgeschichte, bei 12 Prozent war lediglich ein Elternteil eingewandert. Von einer „Einwanderungsgeschichte“ spricht man, wenn die Person selbst oder beide Elternteile nach 1950 eingewandert sind. Gegenüber dem Jahr 2018 (Lehrkräfte: knapp 9 Prozent; Schülerschaft: 26 Prozent) ist der Anteil der Menschen mit Migrationsgeschichte gestiegen. Und damit die Vielfalt mit ihren Chancen und Herausforderungen. bs Quelle: dpa

Vielfalt feiern



Mit der für „Bayern 3“ üblichen Leichtfüßigkeit kommt die Radiomeldung am Samstagmorgen daher: In Landshut sei heute eine große Veranstaltung zum Christopher Street Day mit rund tausend Teilnehmenden geplant. Deren Ziel sei es, die „Vielfalt zu feiern“. Wenn das nur so einfach wäre mit der Vielfalt, denke ich mir ...

Die intensive Arbeit an unserem Heftthema der letzten Ausgabe im Jahr 2024 hat mir klargemacht: Wo Menschen in ihren „Blasen“ sind, wie in Landshut an diesem Tag, da mag das Feiern gelingen. Wo höchst unterschiedliche, widerstreitende Facetten einer Vielfalt aber aufeinandertreffen, wird sie zur Zerreißprobe einer Gesellschaft. Das zeigt sich Tag für Tag an Arbeitsplätzen, in Schulen, auf Straßen, in Talkshows oder Parteien und in Verbänden wie dem BLLV. Da entstehen „Triggerpunkte“, wie Prof. Dr. Steffen Mau und seine Co-Autoren es in einer vielbeachteten soziologischen Analyse nennen. In unserem Essay (S. 24) lesen Sie die konkretisierten Kerngedanken aus dem Buch. Spoiler: Eine einfache Lösung bekommen Sie hier nicht. Und auch aus den berührenden Gesprächen im anschließenden Feature (S. 28) sowie im Interview mit Sandra Schäfer, der Leiterin des Referats „Gleichberechtigt!“ (S. 36), wird der banale und doch so herausfordernde Weg deutlich: Wir müssen wohl mehr aufeinander zugehen und einander zuhören.

Dass Ihnen das jetzt in der Advents- und Weihnachtszeit mit Ihrer Familie, Freunden und mit Fremden gelingt, wünsche ich Ihnen von Herzen. Feiern Sie das Fest, und vielleicht auch ein bisschen die Vielfalt dahinter – auch Jesus hatte Migrationsgeschichte.

Steve Bauer, Chefredakteur

bllv.de

Nachholbedarf bei Förderung von Migranten mit wenig Bildung

Berlin (dpa) - Die Integration von Einwanderern in Deutschland hat sich laut einem OECD-Bericht im internationalen Vergleich positiv entwickelt. Fast zwei Drittel der Migranten, die seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben, sprechen fließend Deutsch. Auch die schulischen Leistungen von in Deutschland geborenen Kindern eingewanderter Eltern sind in den letzten 20 Jahren deutlich gestiegen und liegen über dem Niveau der meisten anderen Zielländer. Probleme gibt es jedoch bei Migranten mit geringer Bildung: Nur die Hälfte derer mit höchstens Grundschulbildung ist erwerbstätig und nur ein Viertel erreicht nach fünf Jahren ein fortgeschrittenes Deutschniveau. Der Anteil der Migranten mit einem Hochschulabschluss bleibt mit etwas über 25 Prozent gering. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan (SPD), zeigt sich dennoch zufrieden, insbesondere mit der Erwerbstätigenquote, die bei 70 Prozent liegt - höher als in den meisten EU-Ländern.

Deutscher Schulpreis: Hauptpreis für eine Förderschule

München (BLLV) - Hauptgewinner beim Deutschen Schulpreis 2024 wurde die Siebengebirgsschule Bonn - und damit eine Förderschule, die den klassischen Unterricht weitgehend abgeschafft hat. 265 Kinder und Jugendliche lernen im Verbund selbstständig in Lernateliers, Kreativwerkstätten, in der Study Hall oder auf dem Marktplatz. Dabei werden sie von den Lehrkräften individuell begleitet. „Die Schule nimmt Kinder auf, mit denen Regelschulen überfordert sind, und ermöglicht ihnen, ins Lernen zurückzufinden, ihre Talente zu entdecken und hervorragende Leistungen zu erbringen“, sagte Prof. Dr. Thorsten Bohl, Sprecher der Jury des Deutschen Schulpreises.

BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann, ebenfalls Mitglied der Schulpreis-Jury, kommentierte: „Diese Preisverleihung richtet das Augenmerk auf individuelle Förderung und zeigt auf, welche Potenziale es hier noch zu entwickeln gibt.“ Dem Fachgruppenleiter Förderschulen im BLLV, Thomas Beschorner, zufolge setzt die diesjährige Preisverleihung auch ein bildungspolitisches Signal. Die Schule zeige „Haltung für ein Menschenbild, in dem die Stärken, die Menschen entwickeln können, und die Möglichkeiten, die sie trotz schwieriger Lebenslagen haben, immer im Vordergrund stehen“. Der Hauptpreis ist dotiert mit 100.000 Euro. Im vergangenen Jahr hatte die Eichendorffschule in Erlangen den Hauptpreis zu gesprochen bekommen (Seite 58).

Bitkom-Studie: Drei Viertel aller Erstklässler sind online

Berlin (dpa) - 92 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland nutzen zumindest gelegentlich das Internet. Bereits 73 Prozent der Erstklässler (6 bis 7 Jahre) sind online, bei den 10- bis 11-Jährigen sind es 95 Prozent und ab 12 Jahren fast alle (98 Prozent). Dies ergab eine Umfrage des Digitalverbands Bitkom. Ab dem Alter von 10 Jahren wird das Smartphone zum wichtigsten Gerät. Bei den 16- bis 18-Jährigen nutzen 98 Prozent ein Smartphone, gefolgt von Laptop/PC (87 Prozent) und Tablet (86 Prozent). Die tägliche Nutzungsdauer des Smartphones steigt mit dem Alter deutlich an, von 37 Minuten bei 6- bis 9-Jährigen auf über drei Stunden bei 16- bis 18-Jährigen. YouTube ist mit 87 Prozent die beliebteste Plattform, gefolgt von Instagram und Snapchat (je 53 Prozent). 16 Prozent der Kinder ab 10 Jahren haben bereits negative Online-Erfahrungen wie Mobbing gemacht. Bitkom-Präsident Ralf Wintergerst betonte die Notwendigkeit von Aufklärung. Es brauche aber auch „mehr technische und personelle Ressourcen für Polizei und Ermittlungsbehörden“.

Mehr Mitbestimmungskultur durch Demokratiebildung in Kitas

Berlin (dpa) - Das Deutsche Kinderhilfswerk plädiert für mehr Demokratiebildung bereits in Kitas und Grundschulen. Eine gelebte Mitbestimmungskultur soll den Kindern durch praktische Erfahrungen in Meinungsbildung und Entscheidungsprozessen nahegebracht werden. Schul- und Kitaleitungen seien gefordert, dies als alltagsnahe Erfahrung zu verankern, so der „Kinderreport“, der in Berlin vorgestellt wurde. Eine Befragung von 666 Kindern und Jugendlichen sowie von über 1.000 Erwachsenen zeigt: 89 Prozent wünschen sich mehr politische Bildung im Unterricht. Gleichzeitig gibt es Bedenken: 54 Prozent der Erwachsenen und 48 Prozent der Jugendlichen bezweifeln, dass die junge Generation über die nötigen demokratischen Kompetenzen verfügt. NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) betont, es sei Aufgabe von Politik und Gesellschaft, Partizipation früh zu fördern, um die Demokratie zu stärken.

Studie der Uni Würzburg: Das soziale Umfeld beeinflusst, ob Kinder lügen

Würzburg (dpa) - Das soziale Umfeld und der Erziehungsstil der Eltern beeinflussen, wie oft Kinder lügen. Laut einer Studie der Universitäten Würzburg, Bonn und Oxford mit rund 1.600 Familien können Kinder lernen ehrlicher zu sein, wenn sie Zuwendung und Vertrauen erfahren. In der seit 2011 laufenden Studie untersuchte ein Team um den Würzburger Wirtschaftsprofessor Fabian Kosse, welche Folgen Ressourcenmangel auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat. Die Bereitschaft zum Lügen sei dabei ein Teilaspekt. Über 200 Kinder nahmen ein Jahr lang an einem Mentoring-Programm teil. Das Ergebnis: Kinder mit Mentoren logen weniger (44 Prozent) als jene ohne (58 Prozent). Veröffentlicht wurde die Studie in „The Economic Journal“.



Kinderhilfswerk: Schultoiletten in schlechtem Zustand

Berlin (dpa) - Viele Schüler beklagen die hygienischen Zustände in Schultoiletten. Eine Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerks unter 3.218 Kindern und Jugendlichen hat ergeben, dass nur 44 Prozent der Befragten den Zustand der Toiletten als gut bewerten. Unangenehme Gerüche sowie fehlendes Toilettenpapier und Seife sind häufige Kritikpunkte. Nach Angaben des Kinderhilfswerks unterscheiden sich besonders kleinere Kommunen und Großstädte stark voneinander. In Großstädten bewerten die Kinder und Jugendlichen die Toiletten deutlich schlechter. Immerhin sehen rund Dreiviertel der Befragten in ihren Schulen genügend Platz für Bewegung und Spiel, aber nur 48 Prozent einen guten Ort zum Entspannen. Holger Hofmann, Geschäftsführer des Kinderhilfswerks, resümierte laut einer Mitteilung, nicht nur die Schulgebäude selbst, sondern auch Schulhöfe und Pausenbereiche seien in einem „jämmerlichen Zustand“.

bllv.de/schultoiletten



Chris Bleher

Bildungserfolg hängt hierzulande noch immer stark vom Zufall ab. Genauer: vom Geldbeutel der Eltern. Doch Potenziale verkümmern zu lassen, rächt sich doppelt: für die Menschen mit dem Stempel „Bildungsverlierer“ – und für die Gesellschaft. Das alles ist längst bekannt, doch gebessert hat sich nichts, im Gegenteil. Daher hat der BLLV mit seiner Abteilung Schul- und Bildungspolitik im Oktober eine mehrjährige Dialogreihe zum Thema Bildungsgerechtigkeit gestartet. Schulpraxis, Wissenschaft, Ministerium und Parteien kommen miteinander ins Gespräch – handlungsorientiert, lösungsorientiert. >

Endlich den Kindern gerecht werden



BILDUNG
GERECHT
GESTALTEN

Keynote: Prof. Dr. Nina Bremm, Lehrstuhl für Schulpädagogik (FAU Erlangen-Nürnberg)



„Wir sollten alles dafür tun, dass uns kein Kind verloren geht. Chancengerechtigkeit muss auch in Bayern engagierter verfolgt werden.“

BILDUNG GERECHT GESTALTEN

Immer mehr Kinder erfüllen nicht einmal mehr die Mindestanforderungen in den Basiskompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen, das ist statistisch belegt und Allgemeinplatz in jeglicher bildungspolitischer Diskussion. Ebenfalls statistisch belegt – aber weit weniger beachtet – ist der Trend im Trend: Es sind überdurchschnittlich viele Kinder aus Haushalten mit prekärem Hintergrund, die hinterherhinken. Bei nahezu jedem zweiten von ihnen beträgt der Rückstand am Ende der Grundschulzeit eineinhalb Jahre. Eineinhalb von vier Jahren! Und ausgerechnet jene Schulen, an denen sich das Drama des benachteiligten Kindes vorwiegend abspielt, sind häufig die am schlechtesten ausgestatteten, die mit zu wenig Ressourcen.

Diese Befunde präsentierte und belegte Prof. Dr. Nina Bremm in ihrer Keynote-Rede bei der BLLV-Tagung „Bildung gerecht gestalten“. Die Inhaberin des Lehrstuhls für Schulpädagogik an der FAU Erlangen-Nürnberg referierte Mitte Oktober in der Landesgeschäftsstelle des Verbandes vor einem Expertenpublikum. Gekommen waren die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der demokratischen Landtagsfraktionen, Ministerialdirektor Martin Wunsch sowie die Fachleute für Schul- und Bildungspolitik des BLLV aus ganz Bayern.

Doch selbst vor diesem kundigen Auditorium blickte die Bildungsforscherin in betroffene Gesichter.

Jeder hier konnte die nackten Zahlen zur sozialen Benachteiligung mit konkreten Namen eigener Schülerinnen und Schüler verbinden. Jedem hier war klar, was wachsende Segregation, vulgo: die Trennung von Arm und Reich, für diese Gesellschaft bedeutet. Dass es da um Menschen geht, die aufgrund ihres frühen Scheiterns das Vertrauen in Institutionen und Demokratie verloren oder nie gewonnen haben. Und um Menschen, denen das alles vermeintlich egal sein kann.

Warum aber ist Bayern dasjenige Bundesland, das der Bildungsforscherin zufolge Bildungsgerechtigkeit am wenigsten von allen realisiert hat? Wo jedes zweite Kind aus wohlhabenden Haushalten das Gymnasium besucht, aber nur jedes fünfte aus ärmeren Verhältnissen? Wissen um die Zusammenhänge wäre ja ausreichend vorhanden. Warum also diese Armutser-

klärung des reichen Freistaats? Prof. Bremms Einschätzung: „Die Kinder aus dem sozial benachteiligten Milieu haben einfach keine Lobby.“ Im Klartext: Mit denen kann man's halt machen. Der BLLV nimmt das nicht hin. Er sieht sich – als der einzige Verband für alle Schularten – sehr wohl als „die Lobby für diese Kinder“, wie Präsidentin Simone Fleischmann einmal mehr betonte.

Bildungsgerechtigkeit als Dauerthema

Sabine Bösl, Leiterin der Abteilung Schul- und Bildungspolitik, initiierte die Tagung und lud nach München, um das Thema „Bildung gerecht gestalten“ auf die Agenda zu bringen. Sie will mehr Aufmerksamkeit auf dieses wichtige Thema lenken. Nicht für diesen einen Tag, sondern für die nächsten drei Jahre, als zentrales bildungspolitisches Anliegen des BLLV. Bildung ist >





Moderatorin Sybille Giel vom Bayerischen Rundfunk forcierte nicht Debatte, sondern Dialog.

der entscheidende Schlüssel für die wirtschaftliche, soziale, kulturelle sowie politische Teilhabe in der Gesellschaft. Jedes Kind soll die gleichen Chancen auf eine erfolgreiche Zukunft haben. „Sollte das nicht eine Selbstverständlichkeit sein?“, fragte Sabine Bösl in ihrer Einführung. Chancengerechtigkeit müsse auch in Bayern engagierter verfolgt werden. „Alles was wir in jungen Jahren versäumen, können wir meist nicht mehr aufholen.“

KM gegen grundlegende Reformen

Zum Auftakt der Veranstaltungsreihe, moderiert von Sybille Giel vom Bayerischen Rundfunk, legte die Grundschulrektorin natürlich keine unterschrittsreife Lösung für einen der hartleibigsten gesellschaftlichen Missstände vor, aber sieben Thesen für einen Dialog (bllv.de/bildungsgerechtigkeit-thesen). „Wir sollten alles dafür tun, dass uns kein Kind verloren geht“, appellierte die Abteilungsleiterin. Wie das gelingen kann, darüber diskutierten die Gäste. Da wurde trotz unterschiedlicher Parteizugehörigkeiten oder Weltanschauungen nicht debattiert, man tauschte sich aus. Über eine längere gemeinsame Schulzeit; mehr Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams; intensivere frühkindliche Bildung; wirksame Unterstützungsprogramme für Schulen in besonders herausfordernden Lagen; den Abbau von selektiven institutionellen Bildungsbarrieren; sozialpolitische Reformen; einen Ausbau des Ganztags durch ein fundiertes pädagogisches Konzept.

Martin Wunsch als Amtschef im Kultusministerium, der bei der Veranstaltung die Staatsministerin vertrat, betonte: „Für Frau Staatsministerin Stolz ist Chancengerechtigkeit an Bayerns Schulen und Bildungsgerechtigkeit ein ganz zentrales Anliegen.“ Alle Kinder hätten ein Recht auf bestmögliche, qualitätsvolle Bildung, auf Förderung ihrer individuellen Begabungen und auf Entfaltung des eigenen Potenzials. Als geeignete Mittel gegen die vorhandenen Missstände zählte er eine ganze Reihe bekannter Maßnahmen auf: das Startchancenprogramm, die kommenden Sprachstandserhebungen bei 4- bis 5-Jährigen, die PISA-Offensive an den Grundschulen mit „einem Plus an Zeit für die Basiskompetenzen“, die Entbürokratisierungsoffensive, die Investitionen in Ganztag und Schulentwicklung, die Lehrkräftegewinnung und -ausbildung.

Als nicht geeignete Maßnahmen betrachtet Wunsch eine längere gemeinsame Grundschulzeit und den Abbau der Selektion. „Das gegliederte System ist das richtige, um jedem einzelnen Schüler, jeder Schülerin gerecht zu werden“, betonte er. Und Bildungsgerechtigkeit wolle er nicht am Gymnasialbesuch festmachen. In Bayern gelte: „Kein Abschluss ohne Anschluss.“ Und man habe hier „immer noch den niedrigsten Anteil an Menschen ohne anerkannten Bildungsabschluss“. Abgesehen davon sei eine grundlegende Reform der Schulstruktur aus der Perspektive des verantwortlichen Ministeriums „pädagogisch und politisch“ kaum verantwortbar. Sich auf eine verlängerte gemeinsame Grundschulzeit einzulassen, würde nämlich „Kraft und Ressourcen binden“, wäre „ein Experiment mit ungewis-



„Das mehrgliedrige Schulsystem entspricht den Kindern einfach. Man müsste sonst ja auch intern differenzieren.“

Michael Koller



„Bei einem späteren Übertritt würde das eigene Interesse der dann reiferen Jugendlichen stärker ins Gewicht fallen.“

Nicole Bäuml



„Gut wäre eine Öffnungsklausel: In bestimmten Gemeinden sollten Jugendliche bis zur 10. gemeinsam lernen dürfen.“

Gabriele Triebel



„Auch die berufliche Bildung gehört wertgeschätzt. Am Schluss soll jeder mit der Berufswahl glücklich sein können.“

Dr. Ute Eiling-Hütig

sem Ausgang“. Ohnehin würden solche Reformen ja „eine breite Akzeptanz und parlamentarische Mehrheiten voraussetzen“. Sprich: sowieso scheitern.

Michael Koller (Freie Wähler), Mitglied des Landtags (MdL) und im Bildungsausschuss, warb aus seiner Sicht als Fachlehrer mit Erfahrung an Mittel- und Realschule für das mehrgliedrige System, das den Kindern einfach entspreche. Man müsse sonst ja auch „intern differenzieren“. Das Selbstvertrauen der Kinder und Jugendlichen zu stärken, sei in den Schulen wichtig. Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU), MdL und Vorsitzende des Bildungsausschusses, verwies auf ihr Herkunftsland NRW, wo man die Orientierungsstufe „aus gutem Grund“ wieder abgeschafft habe. Der Druck werde nur von Klasse 4 auf Klasse 6 übertragen, bleibe aber der gleiche. Grundschullehrkräfte seien in den ersten vier Jahren sehr wohl in der Lage, richtig einzuschätzen, wie es für wen weitergehen könnte. „Dass die Entscheidung zwei Jahre später anders ausfallen würde, glaubt kein Mensch.“ Und berufliche Bildung gehöre ebenfalls wertgeschätzt. Am Schluss solle jeder mit der Berufswahl glücklich sein können.

Ideen für neue Strukturen

Gabriele Triebel (Bündnis 90 / Die Grünen), MdL und stellvertretende Vorsitzende des Bildungsausschusses, äußerte sich enttäuscht darüber, dass der Vertreter des Ministeriums die Diskussion über eine längere gemeinsame Schulzeit kategorisch ausgeschlossen habe. Doch statt auf Maximalforderun-

gen zu beharren, schlug sie einen Mittelweg vor, eine „Öffnungsklausel“ für Gemeinden mit zu wenigen Kindern für mehrere Schultypen, die dann etwa bis zur zehnten Klasse eine Schule gemeinsam besuchen können sollten. Ansonsten gelte es, die „Autonomie bei Prüfungsformaten“ und die Eigenverantwortung der Schulen zu stärken. Zugleich solle man den Sozialindex „noch besser anwenden“. Wichtig sei bei all dem aber auch „das Wellbeing“.

Das Roulette der Geburt

Der Begriff „Wellbeing“ ist nicht einfach mit „Sich-Wohlfühlen“ zu übersetzen. Das wurde spätestens dann klar, als die Abgeordnete Nicole Bäuml, MdL und im Bildungsausschuss für die SPD, erklärte, wie wichtig es für die Bildungsbiografie eines Menschen sei, dass die Lehrkräfte sich wirklich für ihre Schülerinnen und Schüler interessieren. Sie erinnere sich noch heute an ihre eigene Grundschulzeit, in der eine Referendarin „innovativen, spannenden Unterricht“ gehalten habe und zugleich ihr, Nicole Bäuml, „Verständnis, Zuneigung und Halt“ gegeben habe, als ihr Vater verstorben sei. Ansonsten befürwortete auch sie eine längere gemeinsame Schulzeit. Schon aus dem einfachen Grund, weil dann beim Übertritt „weniger die Entscheidung der Eltern“ ins Gewicht falle, sondern mehr das eigene Interesse der dann reiferen Jugendlichen eine Rolle spiele. Ansonsten betonte sie, wie wichtig es sei, in der Schule Talente zu entdecken und zu fördern. >



„Das gegliederte System ist das richtige, um jedem einzelnen Schüler, jeder einzelnen Schülerin gerecht zu werden.“

Dem „Roulette der Geburt“, wie der Soziologe Pierre Bourdieu die ungerechte Verteilung von Chancen genannt hat, sei jedenfalls nicht schlicht durch eine Reform der Schulstruktur beizukommen, erläuterte Prof. Bremm. Es komme auch auf eine bewusste Haltung der Lehrkräfte an, um systemische Ungerechtigkeit zu vermeiden. Zahlreiche Studien hätten gezeigt, dass Kinder selbst bei gleicher Leistung in standardisierten Tests je nach sozialer Herkunft unterschiedliche Noten und Übertrittsempfehlungen bekommen. Dahinter stecke die paternalistische Sorge, diese Kinder könnten später nicht bestehen. Bei Kindern aus privilegierten Schichten würden Lehrkräfte dagegen eher Beschwerden der Eltern antizipieren.

Habitus-sensibles Bewusstsein

Es sei jedoch nicht damit getan, einfach mehr Lehrkräfte auszubilden und einzustellen, die selbst aus schwierigen Verhältnissen kommen. Die würden sich schon im Referendariat im Nu an das anpassen, was sie an ihrer Schule vorfinden. Was es Prof. Bremm zufolge braucht, ist ein „habitus-sensibles Bewusstsein“. Das Wissen, dass Eltern aus ärmeren und bildungsfernen Schichten sich nun mal „risikoavers“ verhalten. Wo das Geld kaum fürs Leben reicht, gehen sie ungern das Risiko eines Scheiterns auf dem Bildungsweg ihrer Kinder ein. Eltern der höheren und bildungsnahen Schichten dagegen seien auf Statuserhalt bedacht, koste es, was es wolle. Und die Kinder der Eltern aus bildungsfernen Schichten erlebten sich

selbst als nicht passend im System, ihnen fehlten die bildungssprachlichen Kompetenzen, welche die anderen „schon mit der Muttermilch aufsaugen“.

Systemlogik und eigene Haltung

Verstehen heißt freilich nicht, alles entschuldigen und einem jedem seine Bürde abnehmen. Simone Fleischmann beugte Missverständnissen vor: Wenn der BLLV für Möglichkeiten der Förderung und einen Ausgleich für Benachteiligung einträte, dann trete er nicht für Kuschelpädagogik und sinkende Leistungsstandards ein. So nämlich hätte man Martin Wunsch verstehen können, als er davor gewarnt hatte, schulische Leistungsmaßstäbe „blind abzusenken“, wo doch die Anforderungen in einer komplexen digitalisierten Gesellschaft stiegen.

Die Präsidentin lobte am Ende den offenen Austausch dieses Auftakts zu einem tieferen Verständnis dafür, was Bildungsgerechtigkeit überhaupt bedeutet. Um das auszuloten, müsse man die Standpunkte des jeweiligen Gegenübers verstehen. Strukturelle Rahmenbedingungen, die Systemlogik hinterfragen, ebenso aber die eigene Rolle als Lehrerin und Lehrer reflektieren. Kurz: Das tun, was man auch beim Verständnisintensiven Lernen (ViL) tue – sich die eigene Haltung bewusst machen, das Lernen des anderen verstehen, statt auf schnelle Schwarz-Weiß-Lösungen und maximale Konfrontation zu setzen. Fleischmann versicherte: „Wir arbeiten immer an unserem Habitus.“ Vielleicht macht das ja Schule. //

BILDUNG GERECHT GESTALTEN

„Der BLLV steht nicht für Kuschelpädagogik und sinkende Leistungsstandards, wenn er einen Ausgleich für Benachteiligung fordert.“



NÄCHSTE VERANSTALTUNGEN

20. Februar 2025, Vilshofen

Keynote-Speaker:

Volker Schenk zum Thema „Bildung gerecht gestalten: Systemische Hindernisse und Gelingensfaktoren“

2. April 2025, Würzburg

Keynote-Speaker:

Prof. Thomas Rauschenbach zum Thema „Bildung gerecht gestalten im Ganzttag. Chancen, die im Ganzttag stecken (könnten).“

5. Mai 2025, online

Im Rahmen der Junglehrkräfte-woche zum Thema „Bildung gerecht gestalten mithilfe von KI“

[bllv.de/bildungsgerechtigkeit](https://www.bllv.de/bildungsgerechtigkeit)



Es geht nichts verloren ...

Unangekündigte Leistungserhebungen sollten nach dem erklärten Willen von Kultusministerin Anna Stolz „auf den Prüfstand“ kommen, doch Ministerpräsident Markus Söder sprach ein schnelles Machtwort. Und so gehören „Stegreifaufgaben“ und „Rechenschaftsablagen“ nach wie vor zum Repertoire. Entgegen der Erkenntnisse aus der Praxis.



[Kommentar] Roland Kirschner* und Tamara Thum**

... außer der Angst

Die – vorsichtige – Andeutung der Kultusministerin, über das Ankündigen von Leistungsnachweisen diskutieren zu wollen, ging in die richtige Richtung. Überfallartige Stegreifaufgaben und Rechenschaftsablagen sollten längst der Vergangenheit angehören. Dass in der Schule Lern- und Prüfungsphasen sichtbar voneinander getrennt sein sollen, um nachhaltiges Lernen zu ermöglichen, ist bekannt. Auch die Schulordnungen gehen zumindest verschämt darauf ein, indem sie der Lehrerkonferenz einräumen über prüfungsfreie Zeiten zu entscheiden. Die meisten Schulen setzten das so um: Sie halten zumindest die Woche vor den Weihnachtsferien oder die Freitage vor Oster- und Pfingstferien „prüfungsfrei“.

Außerhalb dieser Zeiten droht aber jederzeit eine unangekündigte Prüfung – in Form einer „Stegreifaufgabe“ oder als „Rechenschaftsablage“, im Volksmund: Ausfragen. So sind die Schülerinnen und Schüler gezwungen, immer alles sofort verstehen und anwenden zu können. In der nächsten Stunde nachfragen? Schon möglich, aber nicht, wenn eine „Ex“ geschrieben wird oder man an die Tafel muss. Dass so etwas nicht lernförderlich ist, liegt auf der Hand. Doch schon die Idee der Ministerin, dieses Thema zu diskutieren, ging wohl zu weit. „Exen bleiben“, verfügte der Ministerpräsident und fuhr so der Ressortchefin (wieder mal) in die Parade. Söders Argument: Sonst würde sich „die Leistungsdichte verschlechtern“ – was immer das heißen mag.

Häufig wird argumentiert, in einer Leistungsgesellschaft entstünden eben Situationen, in denen man unangekündigt Leistung erbringen müsse. Das stimmt. Im Normalfall allerdings sind unangekündigt Leistungen zu erbringen, in denen

man Expertise und Kompetenz hat – und nicht, während man sie noch aufbaut. In der Fahrstunde zur Vorbereitung auf den Führerschein hüpf ja auch nicht plötzlich der Prüfer auf die Rückbank. Und eine unangekündigte Englisch-Ex bereitet niemanden darauf vor, später im Beruf spontan ein Telefonat auf Englisch führen zu müssen.

Einfach auf die Ex verzichten

Im Frankenfernsehen erklärte Markus Söder, Exen hätten „uns allen gut getan“ und gehörten „zum Schulalltag dazu“. Ohne die Möglichkeit unangekündigter Leistungsnachweise würde es sich nämlich „kaum mehr lohnen, Hausaufgaben zu machen“. Da sollte er sich mal bei den vielen Lehrkräften umhören, die auf Überfallnoten verzichten. Er müsste dann erkennen, dass seine Argumentation daneben ist. Die Befürchtung, die Schülerinnen und Schüler würden nichts mehr lernen, wenn Stegreifaufgaben angekündigt werden, zeugt ohnehin von einem antiquierten Verständnis von Schule. Wer seit Jahren nur angekündigte Tests schreibt, kann sagen: stimmt nicht. Das Lernverhalten der Schülerinnen und Schüler ändert sich dadurch nicht. Und die Befürchtung, die Noten würden zu gut werden, lässt sich (leider) nicht bestätigen: Auch an den Noten ändert sich nichts.

Eigentlich ändert sich nur eines, wenn man auf überfallartiges Benoten verzichtet: Die Schülerinnen und Schüler können mit weniger Angst in die Schule gehen. Allein das sollte für Pädagoginnen und Pädagogen ein ausreichender Grund sein, auf unangekündigte Leistungsnachweise zu verzichten. //

der bllv im gespräch mit ...



... Prof. Dr. Uta Hauck-Thum,
LMU München



... Eva Maria Schwab, Leitende
Ministerialrätin

„Eine komplexe digitale Welt braucht Problemlöser“

Wie kann Veränderung in Schule und Bildung gelingen? Welche Kompetenzen brauchen Schülerinnen und Schüler in Zukunft? Diese Fragen beschäftigten BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann und Uta Hauck-Thum, Professorin für Grundschuldidaktik an der LMU München, in einem Gespräch in der Landesgeschäftsstelle des BLLV. Fleischmann konstatierte: „In einer schnelllebigen Welt müssen wir uns beständig fragen: Was sollen die Schülerinnen und Schüler heutzutage lernen? Und wie?“ Hauck-Thum forscht über Schultransformationsprozesse und ist Expertin in Fragen der Digitalität. Sie bekräftigte: Damit die notwendige Veränderung gelingen könne, brauche es eine andere Haltung als bisher. Zum einem bezogen auf die Prüfungskultur und den Übertritt nach der 4. Klasse, zum anderen mit Blick auf die Lehr- und Lernkultur: Kinder benötigten „stabile Basiskompetenzen, aber gleichermaßen übergreifende zukunftsgerichtete Kompetenzen“. Digitale Medien seien „mehr als nur Werkzeuge in gewohnten Settings“. Gemeinsam mit den Lehrkräften sollten deshalb neue Strukturen geschaffen werden, die anschlussfähig sind und Veränderungen abbilden. Prof. Hauck-Thum sagte es pointiert: „Es braucht Problemlöser statt kompetenter Sachbearbeiter“. jd

„Die Sprachstandserhebung ständig professionalisieren“

Die Teilzeitregelungen von Lehrkräften, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Belange der Fach- und Förderlehrkräfte sowie geplante Entbürokratisierungs- und Entlastungsmaßnahmen waren die Hauptpunkte eines Gesprächs von BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann mit Leitender Ministerialrätin Eva Maria Schwab. Die Nachfolgerin von Walter Gremm als Leiterin der Abteilung für Grund-, Mittel- und Förderschulen betonte, wie wichtig ihr der Dialog mit den Expertinnen und Experten der pädagogischen Praxis sei. Auch die in Bayern ab 2025 verpflichtende Sprachstandserhebung vor der Einschulung wurde thematisiert. Schwab ist sich der Rahmenbedingungen für die Umsetzung bewusst und warb um Verständnis für die Wichtigkeit des Vorhabens. Fleischmann unterstrich, man dürfe nicht bei der Diagnostik stehen bleiben: „Die Überprüfung der Deutschkenntnisse allein reicht nicht aus.“ Daran anschließen müsse individuelle und gezielte Förderung, auch wenn das in Zeiten des Fachkräftemangels eine Mammutaufgabe sei. Schwab erklärte, das Verfahren zur Sprachstandserhebung werde durch einen wissenschaftlichen Beirat sehr eng begleitet und längerfristig stetig professionalisiert werden. Fleischmann bekundete das große Interesse des BLLV an weiterem Austausch. jd



... Prof. Dr. Tina Malti, Direktorin
„HumanKind“

„Soziale und emotionale Entwicklung der Kinder stärken“

Die Direktorin des Humboldt Wissenschaftszentrums für Kindesentwicklung („HumanKind“), Prof. Dr. Tina Malti, hat sich die Herzensbildung der Kinder zur Aufgabe gemacht. Das neu gegründete Institut hat im Oktober entsprechende Studien aufgenommen. In einer Videokonferenz mit BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann sprach die Entwicklungs- und klinische Psychologin über ihre Pläne. Man wolle die soziale und emotionale Entwicklung der Kinder stärken und dabei mit Studierenden, Lehrkräften und Eltern zusammenarbeiten. Fleischmann begrüßt dieses Vorgehen: „Auch wenn der Fokus auf der positiven Entwicklung und Gesundheit der Kinder liegt, muss die Perspektive der Lehrkräfte und Eltern ebenfalls berücksichtigt werden. Nur gesunde Lehrkräfte können gesunde Kinder bilden.“ Allerdings bekämen gerade die Kinder, die am meisten Hilfe brauchen, diese oftmals nicht. Im Gespräch wurde klar, dass der Mangel an professionellem Personal nicht nur in Schule Thema ist, sondern auch im medizinischen Bereich. Fleischmann fordert umso dringender eine Debatte darüber, wie die Gesundheit der Kinder gestärkt werden kann, welche Kompetenzen (angehende) Lehrkräfte hierfür benötigen und wie dem gestiegenen Bedarf gerade in Zeiten des Lehrkräftemangels begegnet werden kann. jd



... A.-C. Le Noan, Doktorandin Hertie
School Berlin & Sciences Po Paris

„Wesentliche Erkenntnisse fürs Startchancen-Programm“

Wie können Schulen mit einem hohen Anteil benachteiligter Schülerinnen und Schüler bestmögliche Unterstützung durch die Politik erfahren? Diese Frage untersucht Anne-Clémence Le Noan in ihrer Doktorarbeit an der Hertie School Berlin und der Sciences Po Paris, zwei international renommierten Hochschulen für Politikgestaltung und gute Regierungsführung. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf dem Prozess der politischen Entscheidungsfindung im Bildungswesen, bezogen auf die Bekämpfung sozialer Ungleichheiten in Frankreich und Deutschland. Im Gespräch mit BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann ging es konkret um Wirkungsweise von und Erfahrungen mit Programmen wie „Schule macht stark“. Die Evaluation solcher Programme für Schulen in sozial schwierigen Lagen gibt nicht nur Auskunft über die Programme selbst, sondern kann zudem wesentliche Erkenntnisse für künftige Vorhaben wie das Startchancen-Programm liefern. Fleischmann resümierte: „Genau solche Forschungen braucht es, damit gute Bildungspolitik gelingen kann und wirklich alle Schüler mitgenommen werden.“ Le Noan unterrichtete an Schulen in Pariser Vororten und hat je einen doppelten Master-Abschluss in Management und Public Policy der HEC Paris und der Freien Universität Berlin. jd

Zeit für was ganz anderes

Die Gesellschaft ist so vielfältig wie nie.
Aber große Teile tun sich schwer damit.
Sehen vor allem Last und Bedrohung,
statt Bereicherung und Chance. Wollen
eine Politik der Ab- und Ausgrenzung.
Und Schule soll integrieren, erziehen,
ein demokratisches Miteinander einüben.
Die Kinder täten sich leicht damit, egal,
woher sie kommen. Die BLLV-Präsidentin
meint: Vielleicht könnten ja in dieser
Hinsicht wir von ihnen was lernen.



Lena geht auf eine inklusive Schule in meiner Nachbarschaft, 1. Klasse. Einige haben schwerste Förderbedarfe. Hoher Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationsgeschichte. Macht das was mit ihr, der Tochter einer Bekannten? Jetzt will ich es doch mal von ihr selbst wissen. Ich frage Lena, was denn so für Kinder in ihrer Klasse sind. Da schaut sie mich mit großen Augen an und sagt: „Bei mir in der Klasse sind nur Kinder, was fragst du so komisch?“ Aha! **Andere** Kinder gibt es für eine Lena gar nicht. Und ich denke: Was für eine Chance!

Gut, man muss nicht gleich fordern „Kinder an die Macht“. Der Grönemeyer hat seinen Hit damals bestimmt nicht so bierernst gemeint. Aber an der Liedzeile „Sie berechnen nicht, was sie tun“ ist schon was dran. Wie berechnend sind doch manche Politiker an der Macht? Wie sehr sind manche von ihnen vor allem darauf bedacht, Angst zu schüren, Grenzen zu ziehen zu den **anderen**, dicht zu machen, weil das gerade ankommt?

Es ist bald 40 Jahre her, dass der Song in die Hitparaden kam. Kohl war Kanzler und verkündete die „geistig-moralische Wende“, die CSU des erzkonservativen Machtpolitikers Franz Josef Strauß regierte Bayern mit absoluter Mehrheit, Franz Schönhuber steuerte mit seinen „Republikanern“ auf die 15-Prozent-Marke zu, und CSU-Innenminister Zimmermann versuchte beim bundesdeutschen Wahlvolk zu punkten, indem er die „Türkenfrage“ ausrief. Wörtlich sagte er: „Ein friedliches Zusammenleben wird nur möglich sein, wenn die Zahl der Ausländer bei uns begrenzt und langfristig vermindert wird, was vor allem die großen Volksgruppen betrifft.“ Man sprach vom „Rechtsruck“.

Und heute? Wieder: Grenzen dichtmachen. Angst vor diesen kriminellen Ausländern. Nix wie raus mit denen! Was macht das mit all den Menschen aus **anderen** Ländern, die hier bei uns in ihrer übergroßen Mehrheit friedlich leben und vielfältigen Berufen nachgehen? Was macht das mit den Kindern, wenn sie überall Ausgrenzung mitkriegen. Ressentiments. Diese kleinen Paschas da, die tanzen doch den Lehrerinnen hier nur auf der Nase rum, wie Friedrich Merz meinte. Wirklich? Alle? Na klar: Bayern wäre Bayern, wenn nur die **anderen** nicht wären. Echt jetzt?

Ich denke an Kaziu, das ist auch einer von diesen **anderen**, ein Schulkind aus meiner Bekanntschaft. Er würde gerne Timo heißen. Seine Eltern sind nämlich Polen, und der Vater wird in der Arbeit ausgegrenzt und **anders** behandelt als die deutschen Kollegen. Wenn schon die Eltern zu spüren kriegen, dass

sie hier eigentlich nicht erwünscht sind, dann spürt das der Junge erst recht. Klar, 87 Prozent Kinder mit Migrationsgeschichte in einer 3c, das ist nicht immer leicht. Aber was macht es mit den Kindern, wenn die einen Ausländer-raus-Parolen verbreiten und es dann wieder heißt: „Du gehörst zu uns?“ Fühlen sich die Kinder nicht-deutscher Eltern bei uns wirklich zu Hause? Warum wäre denn Kaziu lieber Timo?

Wenn der Umgang mit Vielfalt in der Gesellschaft nicht gelingt, dann sollen es die Schulen richten. Aber wie sollen wir denn die Kinder von heute auf eine Gesellschaft von morgen vorbereiten, wenn große Teile dieser Gesellschaft von heute Vielfalt eigentlich ablehnen? Und wenn Kolleginnen und Kollegen glauben, es würde schon reichen, nur den Pythagoras zu vermitteln, statt sich um einen Kaziu zu kümmern. Sich zu fragen, warum er eigentlich Timo heißen will, wenn manche Politiker höchstens Lippenbekenntnisse dazu abgeben? Oder sehr berechnend vor den vielen Sozialschmarotzern warnen? Wie scheinheilig ist die Diskussion um Vielfalt eigentlich? Wie sollen wir Lehrerinnen und Lehrer da Kinder zu Demokraten erziehen, zur Anerkennung von **Andersartigkeit**? Wenn die Stimmung auf „Du gehörst hier nicht her“ steht, das Gefühl herrscht, dass wir zu viele sind, dass die **anderen** uns nur das Leben schwer machen, dann kann auch eine Pädagogin mit noch so schönen integrativen Ansätzen nur scheitern.

Und wie lebt denn Vielfalt in den Lehrerzimmern selbst? Wo wird es als Chance begriffen, wenn jemand irgendwie **anders** ist, nicht die Norm bedient? Wie vielfältig ist denn der öffentliche Dienst insgesamt aufgestellt? Der Auftrag von Schule ist nicht nur Bildung, sondern eben auch Erziehung. Und das heißt für mich: Erziehung hin zu einer Gesellschaft, für die Vielfalt normal ist. Im Umgang mit der Herkunft, mit dem Geschlecht, mit der Religion, mit Handicaps.

Die Kinder sind uns in dieser Hinsicht weit voraus. Für eine Lena spielt es eben keine Rolle, ob das Kind neben ihr eine Teilleistungsstörung hat, Junge oder Mädchen ist, Kaziu oder Timo heißt oder zu welchem Gott es betet. Ich meine behaupten zu können, dass Kinder diese Unterschiede nicht machen. Und ich sage noch einmal: Was für eine Chance! Leider ist die Gesellschaft da etwas hinterher. Und das schon lang. Grönemeyer textete in seinem 80er-Jahre-Song: „Die Welt gehört in Kinderhände, dem Trübsinn ein Ende.“ Bisschen schnulzig, ja. Aber langsam wird's wirklich **Zeit für was ganz anderes.** //

// Bundeswehr erhält leichteren Zugang zu Schulen

Ein neues Gesetz der Staatsregierung erleichtert der Bundeswehr den Zugang zu Schulen und Unterricht. Das am 1. August in Kraft getretene Gesetz sieht vor, dass die Schulen im Rahmen der politischen Bildung im Unterricht mit Jugendoffizieren der Bundeswehr zusammenarbeiten.

In der vorausgegangenen Debatte zum Gesetzesentwurf im Bildungsausschuss des Landtags formulierte der Abgeordnete Benjamin Adjei von den Grünen Kritik: Es sei fraglich, ob diese durch eine engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und der Bundeswehr, noch gewährleistet werden könne. Zudem sei Jugendoffizieren bereits jetzt der Zutritt zu Schulen und Unter-

richt erlaubt. Darüber hinaus äußerte Adjei die Befürchtung, es könnte nicht sichergestellt werden, dass Jugendoffiziere wirklich nur politische Bildung anbieten und keine Werbung für die Bundeswehr gemacht werde. Der Besuch von Jugendoffizieren müsse deshalb immer auf freiwillige Einladung und mit pädagogischer Begleitung durch eine Lehrkraft geschehen.

Die SPD schloss sich der Kritik Adjeis in Teilen an, stimmte aber dem Gesetzesentwurf zu. Die Regierungsfractionen betonten die Wichtigkeit des Gesetzes. Bayern trage so zur Sicherheit Deutschlands bei. Die derzeitige geopolitische Lage zwingen den Gesetzgeber dazu, der Bundes-

wehr uneingeschränkter Zugriff zur Forschung und einen erleichterten Zutritt zu Schulen zu gewährleisten.

Der BLLV beurteilte den Gesetzesentwurf kritisch. Grundlegend sei es gut, dass durch eine Berufsberatung, bei der auch die Bundeswehr auftritt, jungen Menschen die Arbeit im öffentlichen Dienst gezeigt und nähergebracht werde. Jedoch müsse man sehr genau darauf achten, Berufsberatung und politische Bildung nicht zu vermischen. Die Pädagogik müsse deshalb immer im Fokus liegen, insbesondere bei sensiblen Themen wie Verteidigung und Krieg.

Wilhelm A. Hees

// Förderschulen

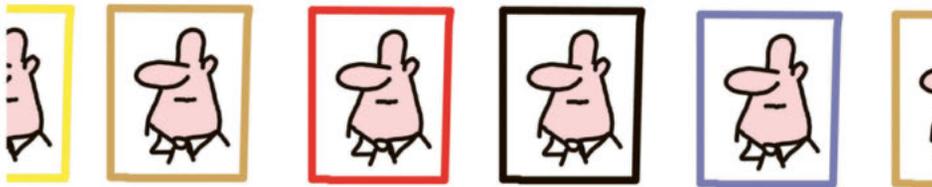
Der Anteil an Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die eine Förderschule besuchen, nimmt stetig ab. 2011 waren es noch 76,8 Prozent, 2022 nur noch 68,1 Prozent. Nur im Schuljahr 2016/17 gab es eine leichte Zunahme um einen Prozentpunkt. Derzeit ist zwischen 2011 und 2022 die Zahl derjenigen Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf deutlich gestiegen, die an Grund- und Mittelschulen, an Realschulen und an Gymnasien beschult wurden (von 23,2 auf 31,9 Prozent). Diese Zahlen nannte die Staatsregierung auf eine schriftliche Anfrage (Drs. 19/2481) der SPD-Abgeordneten Simone Strohmayer. wah

// Sozialkunde/Politik

Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger in den Fächern Sozialkunde und Politik im Lehramt ist leicht gestiegen. 2023 gab es 620 neue Studierende in diesem Fach, 37 mehr als im Jahr davor. Im längerfristigen Trend ist die Zahl jedoch rückläufig. 2023 begannen die meisten das Fach Sozialkunde im Gymnasiallehramt (215), an zweiter Stelle kam das Grundschullehramt (178). Im Jahr 2020 kamen aus diesem Lehramt mit 307 sogar noch die meisten Studierenden im Fach Sozialkunde. Diese Zahlen ergeben sich aus der Antwort der Staatsregierung auf eine Anfrage (Drs. 19/2595) der Abgeordneten Gabriele Triebel (Grüne) ans Plenum. wah

// Förderlehrkräfte

Das Staatsinstitut für die Ausbildung von Fachlehrkräften verzeichnete im vergangenen Jahr eine auf 319 gestiegene Zahl von Ausbildungsanfängerinnen und -anfängern. 2019 waren es noch 287. Gleichzeitig ist die Zahl der Anfängerinnen und Anfänger in der Ausbildung zur Förderlehrkraft leicht gesunken. Im Jahr 2019 waren es 118, gegenüber 102 im Jahr 2020. Die meisten beginnen am Ausbildungsstandort München mit Bad Aibling (106 Personen). Der zweitgrößte Standort ist Ansbach (88 Personen). Diese Zahlen gehen hervor aus der Antwort der Staatsregierung auf eine schriftliche Anfrage (Drs. 19/2638) des SPD-Abgeordneten Volkmar Halbleib. wah



Dr. Klosbach redet den ganzen Tag von Vielfalt, aber ich bin mir nicht sicher, ob er das Thema auch wirklich verstanden hat.

Wo es um Vielfalt geht, geht es immer auch um den Begriff „Vielfalt“. Der ist so umstritten wie vieldeutig. Die entscheidende Frage lautet: Was ist die Norm? Wer hat die Macht, zu definieren, was abweicht, was sanktioniert, toleriert oder gar gefördert werden sollte? Zentrale Konflikte innerhalb der Ungleichheitsarenen, in denen verbissen um Deutungshoheit gekämpft wird, sind geschlechtliche Rollenbilder und Migration. Drei Soziologen haben sie in ihrem vielbeachteten Werk „Triggerpunkte“ untersucht. Eine Nachlese mit versöhnlichem Ende. >



Aufregende



Vielfalt

Chris Bleher mit Juliane Dahlke wissenschaftliche Mitarbeit

„Zurück an den Herd – warum der Tradwife-Trend gefährlich ist“

Unter diesem Titel postete ZDF.de eine Polemik, die auf Anhieb mehr als 100.000 Klicks generierte. Amerikanische Frauen, die in den Sozialen Medien ihren häuslichen Lifestyle als „Traditionelle Frauen“ zur Schau stellen? Sie präsentiert verführerisch strahlend das Dinner, wenn er im schneieken Anzug von der Arbeit kommt. So was regt viele auf. Und dass das viele aufregt, regt viele andere auf. Das Netz war voll von gehässigen Kommentaren der einen wie der anderen.

„Tessa Ganserer – Empörung über Fetisch-Foto von grüner Trans-Politikerin“ – unter diesem Titel veröffentlichte die Berliner Tageszeitung B.Z. einen Text über das Nürnberger Mitglied des Bundestags und einen öffentlichen Auftritt in der Szene. Die Reise des Bildes durch den Mediendurchlauferhitze begann auf der Homepage der Fotografin. Es geriet in die Instagram-Kacheln, brachte auf X die Gemüter zum Kochen und landete in der Tagespresse als saftiger Knochen vor einem beißwütigen Publikum. „Straßenstrich“ bellten die einen, „Selbstermächtigung“ knurrten die anderen.

„Mich macht das fassungslos, das sind rechtspopulistische Narrative, die wir sonst von der AfD kennen“ – mit diesem Zitat der Flüchtlings- und Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Alabali-Radovan (SPD), eröffnete BRonline einen Text über Äußerungen von Ministerpräsident Söder in der Migrationsdebatte. „Spaltpilz“, giftete Grünen-Landeschefin Sengl, „völliger Realitätsverlust“ konterte CSU-Generalsekretär Huber.

Rollenkonflikte und Migration

Es tun sich Gräben auf. Doch wie gespalten ist die Bevölkerung wirklich? Und wo verlaufen die Sollbruchstellen solcher aktueller Konflikte? Diese Fragen untersuchen die drei Soziologen Prof. Steffen Mau, Dr. Thomas Lux und Dr. Linus Westheuser

in ihrem empirischen Werk „Triggerpunkte“. Die drei Medienberichte zeigen exemplarisch, was gemeint ist: An solchen Punkten entzündeten sich „Empörung und Widerspruch, aber auch empathische Zustimmung“. Man springe emotional an. Vor allem dort, „wo ungerechte Ungleichbehandlungen als Bruch des Gleichheitsgebots wahrgenommen werden, wo bestimmte Erwartungen von ‚Normalität‘ herausgefordert oder unterlaufen werden, wo Menschen Entgrenzung und Kontrollverlust fürchten, und wo sie politische Maßnahmen als übergriffige Zumutungen empfinden“.

Rollenkonflikte, Geschlechterrollen und Migration gehören zu zwei der vier „Ungleichheitsarenen“, die in diesem Buch untersucht werden. Neben den „Oben-Unten-Ungleichheiten“ (sozioökonomische Verteilungskonflikte) und den „Heute-Morgen-Ungleichheiten“ (umweltpolitische Auseinandersetzungen) untersuchen die Autoren zum einen die „Innen-Außen-Ungleichheiten“, also „Kontroversen um territorialen Zugang und Inklusion“, und zum anderen die „Wir-Sie Ungleichheiten“, also „Identitätspolitische Anerkennungskonflikte“. In der Arena der Wir-Sie-Ungleichheiten wird darum gerungen, was als „normal“ und anerkanntswert gilt und was als Abweichung sanktioniert wird.

Angriffe in der Wir-Sie-Arena

Im Gegensatz zur Innen-Außen-Arena beziehen sich die Anerkennungskämpfe hier auf Personen, „die bereits da sind und sich legitimerweise in einer nationalen Gesellschaft aufhalten, aber von Diskriminierung, Zurückweisung und Gewalt betroffen sind“. Thema sei also „jene mehr oder weniger offene Hierarchisierung von Gruppen, die sich im Alltag in verschiedenen Formen der Diskriminierung manifestiert: von beiläufigen Zeichen des Unbehagens, wie irritierten Blicken in der Bahn, über Exotisierung bis hin zu rechtlichem Ausschluss, verbalen Angriffen und Hassgewalt. Verhältnisse ungleicher Anerkennung drehen sich darum, wem es leichter gemacht wird, sich in seiner Haut wohlzufühlen und wer als Problem behandelt wird; wessen Anwesenheit man als Aufwertung empfindet und wer sich dafür rechtfertigen oder schämen muss, so zu sein, wie sie oder er ist“.

Von der Bestrafung über die Duldung bis zum Engagement gegen Ungleichbehandlungen habe sich das Klima in einem historisch relativ kleinen Zeitfenster drastisch gewandelt. Offene Abwertung homo- oder bisexueller Personen zum Beispiel, wie sie vor gar nicht allzu langer Zeit im Volksmund, vor Gericht und nicht zuletzt auch in der Soziologie zum guten Ton gehört habe, sei „nicht mehr opportun“.

Im Zuge grundlegender Liberalisierungsprozesse sei es zu einer „Lockerung tradierter Normen“ gekommen, zur „Aufkündigung rigider, oft auch religiös geprägter Moralvorstellungen und zur Aufhebung der rechtlichen Ausgrenzung“. Die Zustimmung zur gleichgeschlechtlichen Ehe sei markant gestiegen, auch Gleichstellungsmaßnahmen ständen immer mehr Menschen positiv gegenüber. Diverse Identitäten und Lebensformen würden übereinstimmend weitgehend anerkannt. Man sei aber auch auf „Entgrenzungsbefürchtungen“ gestoßen („Das geht zu weit“). Von einer vollständigen Normalisierung könne trotz allem auch heute nicht die Rede sein.

Möglichkeiten zur Befriedung

In der Wir-Sie-Arena gehe es nicht nur um gesellschaftliches Ansehen, sondern um „handfeste Ungleichheitskonflikte“. Es gehe darum, „welche Ressourcen und Positionen Menschen offenstehen oder verstellt bleiben, weil sie bestimmten – sexuellen, aber auch geschlechtlichen, ethnischen oder rassifizierten – Gruppen zugerechnet werden“. Im politisch-rechtlichen Kontext stehe Anerkennung für die Befugnis, als legitime Sprecherinnen und Sprecher in eigener Sache aufzutreten oder Rechte einzufordern.

Vorbehalte gegenüber Diversität würden vor allem dann artikuliert, wenn Anerkennung über ein reines Hinnehmen („Jeder nach seiner Fassung“) hinausgehen soll. Am stärksten sei die Gegenwehr, „wenn eigene Identitätsansprüche und Verhaltensgewohnheiten irritiert werden“, was sich besonders im Konflikt um die „richtige“ Sprache zeige. Die Irritation über Begriffsneuerungen sei begleitet von der Wahrnehmung einer zu Unrecht in die Öffentlichkeit gezerrten Thematik sowie der Abwehr ‚übertriebener‘ Forderungen und einer vermeintlichen Hypersensibilität.

Zentral sei das Gefühl, bei der Bestimmung von Diskriminierung würden willkürliche Maßstäbe angewendet. Dass Begriffe über Jahrzehnte unproblematisiert blieben, werde dann als klarer Ausweis dafür gedeutet, dass sie eben „niemanden stören“. Die heutige Problematisierung könne, so der Kurzschluss, somit nicht von legitimen Diskriminierungserfahrungen ausgehen, sondern müsse eine Modeerscheinung oder von Aktivismus getrieben sein. Dies gelte auch für Geschlechterquoten. Sie seien eine gängige Forderung, die auf einem strukturell-kompensatorischen Verständnis aufbaue. Was jedoch den Befürwortern als „kompensatorische Korrektur“ gelte, sehen die Gegner als „ungerechtfertigte Bevorzugung“. Sie würden befürchten, dass Gruppen sich „vor Leistungsanforderungen drücken und sich ungerechtfertigte Vorteile verschaffen“.

Und jetzt? „Befriedungsmöglichkeiten“ sehen die Forscher „nicht nur in der Politik, die ja selbst kein unparteiischer Schiedsrichter ist“. Gefragt seien auch die Konfliktparteien (soweit nicht mit politischen Akteuren identisch), die Medien, die Kommunen, die Zivilgesellschaft und das Vereinswesen. Dort würden sich nämlich „auf je eigene Weise die moralischen Repertoires und Vorstellungen ausbilden, die darüber entscheiden, welche Ansprüche, Umgangsweisen und Verteilungsregeln Akzeptanz finden, und ob unterschiedliche Gruppen als gleichberechtigt und in ihrer je eigenen Lebensweise als gleichwertig angesehen werden“. Ohne diese „Agency jenseits der Politik“, die dennoch hoch politisch sei, ohne diese „Scharniere des gruppenübergreifenden Austauschs“, ohne das „Wirken der Zivilgesellschaft“ sei Integration durch Konflikt kaum denkbar.

Die Lektüre von „Triggerpunkte“ führt letztendlich zu der Frage, wie die detailliert beschriebenen Sollbruchstellen überwunden werden können. Ein Anstoß dazu findet sich ausgerechnet in dem polemisch aufgemachten Trigger-Beitrag über die „Tradwife-Gefahr“: Gegen Ende des Artikels (auf ZDF.de/Suchbegriff: „Tradwife“) ist eine Ausgabe des Sendeformats „unbubble“ eingebettet. Da sitzen sich zwei junge Mütter mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Rollenvorstellungen gegenüber – aber nicht, um sich zu zoffen, sondern um aufeinander zuzugehen, das Gute im Gegenüber sehen zu wollen. Sie antworten jeweils auf dieselbe vorgegebene Frage und tauschen sich respektvoll und wertschätzend darüber aus. Wenn sie über ihre jeweiligen Einstellungen, Haltungen, Werte und den praktischen Umgang damit sprechen, machen sie sich für das Gegenüber verletzlich. Das mag gut gecastet, geskriptet und vielleicht auch geschauspielert worden sein. Doch die unmittelbare Wirkung der Begegnung zweier Menschen, die sich dazu verpflichtet haben, sich nicht emotional triggern zu lassen und übereinander herzufallen, sondern einander zuzuhören, tut gut, wie die beiden am Ende staunend bilanzieren.

Raus aus der eigenen Bubble

„unbubble“, raus aus der eigenen Blase, wirkt wie ein Gegenkonzept zu den Talkshows, die den Streit verewigen. Dagegen wird man am Ende dieses zukunftsweisenden Formats Zeuge einer Begegnung zweier Menschen, die sich ihrer Unterschiede bewusst sind, aber offen staunen, wie viel sie doch auch gemein haben oder auch vom anderen lernen können. Je größer man sich selbst macht, desto länger werden die Schatten, über die man springen muss und am Ende nicht mehr springen kann. Der Ausweg aus jeglicher Arena ist: echtes Interesse am anderen. //



Rollen wechsel

Eine junge Mutter, die berufstätig sein möchte, macht heute ähnlich bittere Erfahrungen wie eine junge Mutter vor 40 Jahren: Am Ende arbeitet doch der Mann. Er verdient ja mehr. Dabei hätte sie mehr verdient. Zum Beispiel Anerkennung. Und natürlich auch Geld. Um ihren Platz in einer Gesellschaft der Vielfalt kämpfen längst auch Menschen, die sich außerhalb traditioneller Geschlechterrollen verorten oder außerhalb des Kulturkreises. Fünf biografische Skizzen über den Umgang mit Normen, Erwartungen und Zuschreibungen. >

Die junge berufstätige Mutter

Da ist dieses Gefühl, **keine Rolle so richtig erfüllen zu können**. Nicht wirklich anerkannt und angemessen honoriert zu werden. Herumgeschoben zu werden. Marie M. (Name geändert) zum Beispiel ist Mutter von zwei Kindern im Vorschulalter und Grundschullehrerin im Bezirk Oberbayern. Die 36-Jährige wollte nicht warten, bis die Kinder aus dem Haus sind, um wieder in ihren Beruf einzusteigen. Sie wollte die Kinder aber auch nicht nach dem französischen Modell schon wenige Wochen nach der Geburt weggeben, um in Vollzeit zu arbeiten. Ihr Mann verdient gut in der freien Wirtschaft, also entschied sie sich – zum wiederholten Mal – für Teilzeit. Sechs Stunden, das Minimum. Passt schon? Das Gefühl sagt etwas anderes. Der Kopf der studierten und selbstständigen Frau sowieso. Und möglicherweise auch ihr Rentenbescheid in 30 Jahren.

Die vielgepriesene Vereinbarkeit von Beruf und Familie im öffentlichen Dienst hat für Marie M. einen Haken. Sie soll schon lange vor Beginn des neuen Schuljahres angeben, wie viele Stunden sie bereit wäre zu arbeiten. Zehn Stunden fände sie gut. Aber zu diesem Zeitpunkt weiß sie noch nicht, an welchen Tagen Kindergarten und andere Betreuungsmöglichkeiten ihrer ebenfalls berufstätigen Mutter infrage kommen. So begnügt sie sich mit fünf Stunden, plus eine – unbezahlte – Stunde fürs Arbeitszeitkonto. Und sie hat das Gefühl, man wird „schlecht angesehen in unterhältiger Teilzeit“. Sie wolle in ein paar Jahren auch gerne wieder eine eigene Klasse haben. Wieder ihre Identität jenseits des Mutterseins finden.

Gerade hat sie Glück. Dank einer entgegenkommenden Schulleiterin sind bei ihr die Arbeitszeiten auf zwei Tage komprimiert. Eine Kollegin musste mit sechs Stunden Teilzeit an vier Tagen in die Schule und jedes Mal Betreuung für die Kinder organisieren. „Ich bin nun mal nicht so flexibel mit Kindern“, sagt Marie M., „und werde trotzdem manchmal behandelt wie Verfügungsmasse“. Das sei psychisch enorm belastend, als junge Eltern sei man sowieso „vulnerabel“.

Die Großmutter und Frauenrechtlerin

Einander widersprechenden Rollen gerecht werden zu müssen, dieses ungute Gefühl kennt Hildegund Rüger nur zu gut. Die 73-Jährige hatte es als zweifache Mutter auch nicht immer leicht, ihren Beruf als Mittelschullehrerin, Rektorin und Schulrätin auszuüben, zumal sie sich schon damals ehrenamtlich engagierte und für 17 Jahre Vizepräsidentin

des BLLV war. Als Präsidentin des Landesfrauenrats von 2005 bis 2021 setzte sie sich immer dafür ein, dass Familienpolitik nicht auf dem Rücken der Frauen ausgetragen wird. Dass Care-Arbeit, Erziehung der Kinder und Pflege betagter Eltern angemessen vergütet wird – als Dienst, den in der Regel Frauen der Gesellschaft erweisen.

Rügers Resümee heute ist ernüchternd: „Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist wenig erreicht worden.“ Die Männer seien Studien zufolge „sehr interessiert an der Entwicklung der kleinen Kinder“, wenn es aber dann „zum Schwur“ komme, entschieden sie sich meist doch nicht für die Familie. „Wenn alle an der Zeugung eines Kindes Beteiligten die Aufgaben, die damit verbunden sind, im selben Maß erfüllen würden“, sagt sie, „wäre das Problem schon gelöst.“ Ihr Ehemann war ebenfalls Lehrer, sodass es kein Einkommensgefälle gab. So konnte sie selbst doch eine eher steile berufliche Laufbahn realisieren, zunächst als Schulleiterin, dann als Schulrätin. Ab 2011 war sie Bereichsleiterin Schulen bei der Regierung von Mittelfranken.

Noch 1970 konnte eine Frau ohne die Erlaubnis des Gatten keine Stelle annehmen und auch kein eigenes Konto eröffnen. Wenn Hildegund Rügers Vater von seinen Musikproben abends nach Hause kam, bestimmte er über das Fernsehprogramm im Wohnzimmer, wie sie sich erinnert. Egal, was ihre Mutter gerade schaute, un widersprochen schaltete er auf das Programm, das ihn interessierte. Sie und ihre Schwester hätten das Leben ihrer Mutter „phasenweise als unwürdig“ empfunden. So wollten sie es einmal nicht haben. Diese Zeiten sind vorbei. Und doch leben gewisse Muster fort. Alles beim Alten? >

Noch 1970 konnte eine Frau ohne Erlaubnis des Gatten keine Stelle annehmen und auch kein eigenes Konto eröffnen.

Frauenplatz





Auch medizinisch betrachtet, sei der Mann noch heute das Maß aller Dinge. Medikamente würden in aller Regel an männlichen Tieren erforscht, „die Wirkstoffe seien häufig nicht an die Voraussetzungen von Frauen angepasst.“ Als Präsidentin des Bayerischen Landesfrauenrats reichte Rüger im August 2021 beim damaligen Wissenschaftsminister Bernd Sibler einen Forderungskatalog ein, es möge auch an der medizinischen Fakultät der Uni München ein Lehrstuhl für gendersensible Medizin eingerichtet werden. Rüger weist darauf hin, dass Frauen, beispielsweise beim Temperaturempfinden in den Wechseljahren, nun mal ganz andere Symptome entwickeln als Männer. So beeinträchtigen zum Beispiel zu kalt eingestellte Klimaanlage oder Heizungen deren Wohlbefinden und deren Gesundheit.

Der emanzipierte Familienvater in Personalverantwortung

Junge Mütter mit Berufswunsch? Dirk Vollmar hat dafür großes Verständnis. Der Leiter des Sachgebiets Personal und Organisation für Grund- und Mittelschulen an der Regierung von Mittelfranken ist selbst dreifacher Familienvater und war Grundschullehrer. Vollmar wäre der Letzte, der einer Marie M. davon abraten würde, die Rolle der jungen Mutter mit der einer eigenständigen, berufstätigen Frau zu vereinbaren. Wenn wieder einmal eine junge Kollegin anrufe und wegen ihrer Mutterschaft um Reduzierung des Stundenpensums bitte, erlaube er sich schon mal die vorsichtige Nachfrage, was denn eigentlich der Mann mache. Der arbeitet. Aha.

Ein Versteckspiel um die eigene Rolle ist heute nicht mehr nötig.

Vollmar findet es ungerecht, dass immer die Frau die Arbeitszeit reduziere, nur weil das im öffentlichen Dienst halt leichter möglich sei. Eine gesellschaftliche Schiefelage. Doch auch in seinem eigenen Fall war es nicht anders: Nach gemeinsamer Entscheidung war es die Frau, die als Angestellte in einer Apotheke wegen der geringeren Einkünften in Teilzeit wechselte.

Die Transfrau in der Schulleitung

Das Gefühl, in der überkommenen Rolle nicht richtig zu sein, lebt vor allem in Menschen, die gar keine klassischen Rollbilder erfüllen. So vollzog der Rektor einer Schule im Schulamtsbezirk Ansbach, zeitweise ausgestattet mit einem BLLV-Mandat, im Schuljahr 2008/09 den Wandel vom Mann zur Frau, inklusive der aufwendigen Operation und allen weiteren Konsequenzen. „Ganz wichtig war“, wie sich eine beteiligte Person aus dem damaligen Umfeld erinnert, „die profunde und ungeschminkte Kommunikation“.

Während der eigentlichen Transition zog sich der Rektor aus der Schulöffentlichkeit zurück. Und ging im Sommer 2024 „als angesehene Rektorin“ im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen in den Ruhestand. Die Lokalzeitung „Altmühlbote“ widmete ihr aus diesem Anlass ein Portrait. Angesprochen auf diesen Fall, betont Dirk Vollmar, er wisse allein in seinem Bezirk von einigen Transpersonen. Heute sei das „kein Thema mehr“. Falls Eltern Probleme damit hätten, „müssten sie da durch“.

Das neue Selbstbestimmungsgesetz

Ein Versteckspiel um die eigene Rolle ist heute nicht mehr nötig. Am 1. November hat die Bundesregierung das Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) verabschiedet. Es löst das Transsexuellengesetz (TSG) von 1981 ab. Bislang mussten Erwachsene, die ihren Geschlechtseintrag ändern wollten, zwei psychologische Gutachten vorweisen, am Ende entschied das zuständige Amtsgericht. Der geänderte Eintrag zog zudem die Verpflichtung nach sich, die äußeren Geschlechtsmerkmale durch operative Eingriffe zu ändern. Das Bundesverfassungsgericht hatte das TSG in Teilen als diskriminierend eingeordnet und Änderungen eingefordert.

Mit dem SBGG können nun volljährige transsexuelle, intergeschlechtliche und non-binäre Menschen ihren Vornamen sowie ihren Geschlechtseintrag mit einer einfachen Willenserklärung auf dem Standesamt ändern lassen. Bei unter 14-Jährigen können die Eltern die nötige Erklärung beim Standesamt >

einreichen. Jugendliche ab 14 Jahren können dies mit dem Einverständnis der Eltern selbst tun. Kommt es innerhalb einer Familie zu Konflikten, kann das Familiengericht eine Entscheidung treffen. Als Maßstab gelten soll das Kindeswohl.

Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) sieht nun „das Recht jedes Menschen, in seiner Geschlechtsidentität geachtet und respektvoll behandelt zu werden“ verwirklicht. Die bayerische Sozialministerin Ulrike Scharf (CSU) bestritt nicht die Reformbedürftigkeit des verfassungswidrigen TSG, kritisierte jedoch, dass mit dem SGG der Schutz betroffener Kinder und Eltern zu kurz komme. BR24 zitierte Scharf mit den Worten: „Mit der Aufhebung der Beratungspflicht entfällt die Möglichkeit, Familien in einer hochemotionalen Lage gezielt, nicht belehrend, zu unterstützen.“

Die türkisch-deutsche Migrationsberaterin

Als Mensch aus einem anderen Kulturkreis in Bayern heimisch werden – ist heutzutage immerhin das problemlos möglich? Für sich selbst kann Ümmühan Cetin Suffa die Frage energisch bejahen. Die gebürtige Türkin ist seit 16 Jahren verbeamtete Lehrerin an einer Schweinfurter Grundschule, verheiratet mit einem Würzburger und Mutter von zwei Kindern. Die 45-Jährige war nach ihrem Soziologie-Studium in Ankara nach Würzburg übergesiedelt, hatte dort Lehramt studiert und fühlt sich heimisch in Unterfranken.

Mit ihrem sonnigen Gemüt war Ümmühan Cetin Suffa an der Uni und an ihrer Schule willkommen. Sie sei auch immer wieder gefragt worden, ob sie nicht auch anderen bei der Integration helfen könne. So gelangte sie 2019 auf die Stelle der Migrationsberaterin am Schulamt Schweinfurt. Dafür qualifizierte sie sich auch durch eine Weiterbildung in Deutsch als Zweitsprache im Erweiterungsfach. Nun berät sie ihre Kolleginnen bei der Integrationsarbeit und hilft Familien aus aller Herren Länder auf ihrem Weg in die hiesige Gesellschaft.

Egal, woher die Menschen kommen, Cetin Suffa sagt: „Wir haben in der Schule kein Migrationsproblem, wir haben ein Milieu-Problem.“ Man merke sofort, ob ein Kind aus einer Familie kommt, in der auf Bildung Wert gelegt wird. Ihr eigener Großvater mütterlicherseits, der nur die Grundschule besucht hat, habe als einfacher Handwerker bereits Bildung als den richtigen Weg für seine Töchter angesehen. So konnte schon ihre Mutter eine Lehre zur Bankkauffrau machen. Eine ihrer beiden Schwestern absolvierte ein Maschinenbaustudium und arbeitet jetzt in den Niederlanden, die andere wurde Hotelmanagerin in den USA.

Ob die Integration gelingt, hänge vor allem davon ab, wie gut die Sprache beherrscht wird, mit Intelligenz habe das nicht viel zu tun. Genauso wie bei den „Biodeutschen“. Wer sich weiterentwickeln wolle, müsse lesen. Das sei der entscheidende Weg. Im vergangenen Schuljahr wurden ihre Impulse zur Integration auf dem Weg des Lesenlernens wieder einmal dankbar aufgenommen. Ein afghanisches Mädchen kam im zweiten Schulhalbjahr in ihre 1. Klasse, niemand in der Familie konnte ein Wort Deutsch, erzählt Ümmühan Cetin Suffa. Sie habe mit dem Vater via Künstlicher Intelligenz in dessen Sprache kommuniziert und die Online-Leseseite „Amira“ empfohlen. In den nächsten Monaten habe ihr das Mädchen immer wieder berichtet, wie weit sie zusammen mit ihrem Papa gekommen sei. Am Ende der 2. Klasse konnte die Schülerin ihr in gutem Deutsch sagen, dass sie sie vermissen werde, wenn sie nun in eine andere Klasse gehen müsse.

Vom Wir / Ihr zum Wir-alle – Ümmühan Cetin Suffa, die erfahren hat, wie es ist, als Mensch von außen gekommen und warmherzig aufgenommen worden zu sein, meint: „Wir sollten primär auf das schauen, was wir gemeinsam haben, nicht auf die Unterschiede.“ Die Kinder seien da unvoreingenommen. In Frieden miteinander aufzuwachsen, keinen Hunger zu haben und zur Schule gehen zu können, das sei, global betrachtet, nicht selbstverständlich. //

„Wir sollten auf das schauen, was wir gemeinsam haben, nicht auf die Unterschiede. Kinder sind da unvoreingenommen.“





**„Wir wollen Verständnis
füreinander wecken“**

Sandra Schäfer, Leiterin des Referates „Gleichberechtigt!“ im BLLV über die beharrliche Arbeit an Rollenbildern

„

bayerische schule: **Bei der Landesdelegiertenversammlung Mitte 2023 haben die Delegierten des BLLV das Referat „Gleichberechtigt!“ ins Leben gerufen. Mit welchem Ziel?**

Sandra Schäfer: Es steht dem BLLV gut zu Gesicht, dass er sich nicht nur thematisch, sondern auch in seiner Struktur zur Auseinandersetzung mit wichtigen Themen bekennt. Und in der Form des Referats ist diese Auseinandersetzung jetzt institutionalisiert. Historisch gesehen kreist sie zunächst um die Gleichberechtigung der Frauen – aber eben nur punktuell und bisher nicht aus einer festen Einrichtung heraus. Unsere Dachverbände, der Bayerische Beamtenbund (BBB), der Deutsche Beamtenbund (DBB) und der Verband Bildung und Erziehung (VBE), haben schon lange eigene Institutionen dafür, mit denen wir auch intensiv zusammenarbeiten.

Eine Errungenschaft im Kampf um die Gleichberechtigung der Frauen im BLLV ist ja das zweite „L“ im Namen. Manche sahen sich da schon am Ziel.

„Das zweite ‚L‘ auf ewig“, das war die Parole der damaligen Vorsitzenden des Lehrerinnenvereins. Das war ja ein eigenständiger Verein, der dann mit dem der Lehrer eben zum „BLLV“ >

Wir müssen immer neu lernen, die Vielfalt durch den Diskurs zu bewältigen, im Verband wie in der Gesellschaft. Es nützt ja nichts, wenn wir für eine kleine Gruppe etwas erreichen, aber beim Rest Unverständnis hervorrufen.

fusionierte. Mit dieser Fusion und dem eigenen „L“ war das Ziel der Gleichberechtigung aber mitnichten erreicht. Heute hat der BLLV unter den Mitgliedern deutlich mehr Frauen als Männer, aber noch immer sind dicke Bretter zu bohren, um die Rechte der Frauen zu stärken.

Die Gleichstellung von Frauen ist aber nicht der einzige Schwerpunkt des Referats.

Nein, wir sind kein reines Frauenreferat, es geht auch um Diversity Management und Gender Mainstreaming. Da braucht es Expertise – im Verband und an den Schulen. Nun müssen wir darauf achten, einerseits nicht die Frage der Frauenrechte zu verwässern, wir dürfen aber auch nicht zulassen, dass diese Themen gegeneinander ausgespielt werden.

Keine leichte Aufgabe, bei bald 70.000 Mitgliedern aus unterschiedlichen Generationen und Gruppierungen.

Klar, wir haben eine Vielfalt an Mitgliedern – von den Studierenden bis zu den Pensionisten. Und wir haben eine große Vielfalt an den Schulen. All dem wollen wir schrittweise gerecht werden: In der ersten Phase nach Gründung des Referats haben wir gesammelt, was bei uns ankommt, und uns einen Überblick verschafft. Es geht immer darum, Verständnis füreinander zu wecken. Jeder steckt ja in seiner eigenen thematischen Blase. Im zweiten Schritt haben wir bestimmt, welchen Fokus wir setzen wollen. Im Moment geht es verstärkt um das Thema Rollenbilder.

Rollenbilder sind schwer zu ändern. Wie geht ihr da vor?

Es ist ein langwieriger Prozess der Sensibilisierung. Dazu gehören Diskussionsbeiträge, Fortbildungen, aber auch konkrete Hilfen und Broschüren. Wir sind da schon recht tief eingestiegen – etwa mit dem Bereich „Teilzeit in Elternzeit“. Oftmals wenden sich verzweifelte Kolleginnen und Kollegen an uns, die gerne in der Elternzeit arbeiten würden. Wegen ihrer kleinen Kinder sind ihre Einsatzmöglichkeiten eingeschränkt. Statt Entgegenkommen ernten sie aber nicht selten Unverständnis und sogar harsche Ablehnung. Wir setzen uns gerade verbandsintern mit der Fachgruppe Schulverwaltung, aber auch nach außen mit den Regierungen und Schulämtern auseinander. Teils haben Regierungen schon gute Lösungen gefunden, um diese spezielle Situation besser zu berücksichtigen.

Ist die vielfältige Mitgliedschaft des Verbandes eigentlich auch in der Struktur des Referats selbst abgebildet?

Ja, neben der Leitung des Referats durch mich und meine Stellvertreterin, Claudia Nußmann, gibt es je ein bis zwei Vertre-

tende aus den Bezirken. Dann sind die Studierenden und die Pensionisten mit dabei, aber auch für den wichtigen frühkindlichen Bereich Sarah Heße, die Leiterin der Fachgruppe Sozial- und Erziehungsdienst. Eine bunte Mischung, aber für dieses Referat muss das so sein. Wir verstehen unser Tun als Querschnittsaufgabe. Zugegeben: Noch ist die Struktur auf einzelne Themen bezogen. Wir setzen künftig aber verstärkt auf Arbeitsgemeinschaften, die sich speziell um Belange der Frauen, Diversity, Schwerbehinderte und so weiter kümmern.

Ein Riesenspektrum. Das ergibt auch Reibung, oder?

Natürlich läuft so etwas nicht immer konfliktfrei. Aber das ist eben die Herausforderung in demokratischen Strukturen. Wir müssen immer neu lernen, die Vielfalt durch den Diskurs zu bewältigen, im Verband wie in der Gesellschaft. Gerade in der aktuellen politischen Situation brauchen wir Sensibilität und Offenheit. Es nützt ja nichts, wenn wir für eine kleine Gruppe etwas erreichen, aber beim Rest Unverständnis hervorrufen.

Welche Themen stehen denn gerade ganz oben auf der Agenda eures Referats?

Zum einen stellen wir für das Thema Transidentität an Schulen eine Sammlung von Hilfen für die Lehrkräfte zusammen, mit konkreten Tipps, Verweisen auf gute Beratungsstellen und so weiter. Auch, wenn in der Klasse einer Lehrkraft zum Beispiel jemand plötzlich als non-binär behandelt werden will, braucht diese Lehrkraft vielleicht praktischen Rat. Der Hauptschwerpunkt im Referat ist derzeit aber die Care-Arbeit, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege. Da wiederum vor allem die erhöhte Altersarmut bei Frauen.

Ist Altersarmut im Beamtenbereich so relevant?

Durchaus. Da werden zwei Einflussfaktoren unterschätzt, die aber häufig zu einer schlechten Altersversorgung von Frauen beitragen: Viele Frauen nehmen in ihrer Rolle als Mutter über Jahre hinweg eine Teilzeitbeschäftigung in Kauf und machen sich keine Gedanken darüber, dass die Reduzierung von Stunden auch die Altersbezüge mindert. Und dann ist da noch die Sache mit der Steuer und der üblichen Aufteilung in drei/fünf. Am Lebensende schauen viele – beispielsweise nach Trennungen – nicht mehr auf das gemeinsam Erwirtschaftete und merken: Oha, es wäre schon gut gewesen, ich hätte früher selbst weniger Teilzeit gearbeitet und auch mehr Netto gehabt.

Für die Jüngeren: Was bedeutet „drei/fünf“?

Genau da leistet unser Referat Aufklärungsarbeit. Diese Aufteilung der Steuerklassen zwischen Ehepartnern ist ja nach

wie vor der Klassiker: Der Mann arbeitet in der freien Wirtschaft und bekommt als der besser Verdienende die Steuerklasse drei, in der er weniger Abzüge hat als die Teilzeit arbeitende Frau in Steuerklasse fünf. Sie nimmt also ein geringeres Netto in Kauf, als ihr zustehen würde. Nach diesem Netto aber richtet sich die Ruhestandsversorgung. Dazu kommt: Auch heute noch wird 80 Prozent der Pflegearbeit zu Hause von Frauen geleistet – wieder mit entsprechenden finanziellen Einbußen. Und das kann später eine existenzielle Gefahr werden. Deshalb drückt sich in diesem Thema weiterhin die Frage nach der Geschlechtergerechtigkeit aus.

Wenn das Referat solche Zusammenhänge erklärt, schafft das Bewusstsein und sogar unmittelbar praktischen Nutzen für die Mitglieder. Die ungunstigen Rahmenbedingungen bleiben aber weiter bestehen.

Wir können durchaus politisch eingreifen: Mit Positionen, die wir erarbeiten und über den Verband an Politik und Öffentlichkeit vermitteln. Darüber hinaus wollen wir an Verlage herantreten. Auch Schulbücher tragen ja dazu bei, Rollenbilder zu reproduzieren. Auch da können wir konkrete Unterstützung anbieten. Dazu kommt, was wir als BLLVler über unsere Personalratsarbeit für den Alltag vieler Lehrkräfte erreichen.

Und was bringt die Zusammenarbeit mit den Dachverbänden für das Referat?

Ein konkretes Beispiel, auf das ich stolz bin: Oft wird moniert, dass in ehrenamtlichen Führungspositionen kaum Frauen oder Männer mit kleinen Kindern zu finden seien. Für Sitzungsleitungen müssen sie unter Umständen eine Betreuung bezahlen. Wir haben daher die Idee auf den Weg gebracht, dass man in diesem Fall eine Steuervergünstigung für Führungsaufgaben in ehrenamtlichen Tätigkeiten durchsetzen sollte. Diesen Vorschlag haben wir mit den anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes diskutiert und über unseren Dachverband in Bayern, den Bayerischen Beamtenbund (BBB), als konkreten Antrag beim DBB eingebracht. Er ist mit breiter Zustimmung angenommen worden. Wir werden das jetzt weiter in die Politik einbringen. //

Interview: Steve Bauer und Chris Bleher

bllv.de/gleichberechtigt



Wir leben ...

Unangekündigte Tests, spontanes Abfragen vor der Klasse – in Bayern gehört das irgendwie schon immer dazu. Die 17 Jahre alte Amelie will sich damit nicht abfinden, stellt eine Petition und findet mehr als 20.000 Unterstützer. Kultusministerin Anna Stolz greift die Petition auf und kündigt an, über die Sinnhaftigkeit von „Exen“ in der Schule diskutieren zu wollen. Da kommt die Stimme aus dem Off: „Die Tests bleiben definitiv“ – Ministerpräsident Söder hat die Diskussion durch ein Machtwort beendet.

Just zur selben Zeit wird die sogenannte Verfassungsviertelstunde eingeführt. Die Maßnahme soll „demokratische Grundhaltungen wie Toleranz, Gemeinsinn sowie die Fähigkeit zu Perspektivwechsel“ fördern. Ein lupenreiner performativer Widerspruch: Das eine sagen und im selben Moment das Gegenteil tun. Nimmt man die Politik beim Wort, hätte man erwarten können, dass die unterschiedlichen Meinungen, die es in der vielfältigen bayerischen Schulfamilie gibt, wenigstens mal angehört werden. Immerhin hält die Kultusministerin fest an ihrer Zusage, das Thema Leistungsbewertung weiter zu diskutieren. Was immer daraus folgen mag.

Der Umgang mit der Meinungsvielfalt, den damit verbundenen unterschiedlichen Perspektiven und Wünschen wird bekanntlich im sozialen Miteinander gelernt. Lehrkräfte als Vorbilder spielen da eine herausragende Rolle. Performative Widersprüche dürfen sie sich auf keinen Fall leisten. Sonst werden sie unglaubwürdig und können ihren Unterricht vergessen. Ihre aufrichtige Haltung, ihr Verhalten gegenüber einer Vielfalt an Herkunft, Fähigkeiten, Eigenschaften und Meinungen sind für die Kinder und Jugendlichen der Kompass für das eigene Verhalten.

Wie aber steht es mit der Vielfalt unter uns Lehrkräften selbst? Unterschiedliche Meinungen und Ansichten gab es schon immer, doch sind die Lebensentwürfe und Hintergründe heute individueller denn je. Das wird vor allem in der Mittelschule deutlich, wo längst nicht mehr nur gelernte Mittelschullehrkräfte zu finden sind. Neben erhoffter Verstärkung in multiprofessionellen Teams sorgen Zweitqualifikanten, Quer- und Seiteneinsteiger für eine bunte Zusammensetzung, die viele Herausforderungen mit sich bringt.

In der Schülerschaft wie bei uns Lehrkräften wächst die Vielfalt. Nicht nur die Schulleitung, auch Schulverwaltung und Politik sollten versuchen, ihr gerecht zu werden. Dem stehen Gegebenheiten, vielleicht zu hohe bürokratische Hürden entgegen. Ein Anfang wäre, einfach mal zuhören. Das kostet natürlich Zeit. Aber Zeit bereitzustellen, ist ein Zeichen von Wertschätzung. Und die wollen doch alle, oder nicht?

Auch wir im BLLV nehmen uns für die gut 68.000 Mitglieder Zeit. Neben den Beratungsangeboten durch die BLLV-Personalräte und den vielfältigen sonstigen Service-Angeboten auf allen Ebenen haben wir ein eigenes Referat gegründet, das sich mit der Vielfalt in unserer Gesellschaft auseinandersetzt und Menschen mit unterschiedlichsten Lebensentwürfen unterstützt. Anfangs wurde innerhalb des Referats viel darüber diskutiert, was Vielfalt heutzutage wirklich bedeutet und wie der BLLV als Verband damit konkret umgehen sollte. Auch wenn die Ergebnisse sich erst nach und nach zeigen werden, wir als Verband senden ein Signal: Wir akzeptieren die unterschiedlichsten Meinungen in unserer Gesellschaft, wir hören sie an, wir diskutieren sie. Ohne Angst vor einer Stimme aus dem Off. Wir setzen auf Vielfalt. //



Vielfalt



Gelegentlich beschweren sich Eltern direkt bei der Regierung über eine einzelne Lehrkraft. Das ist ihr gutes Recht. Problematisch wird es, wenn eine Regierungsbeamtin eine solche Dienstaufsichtsbeschwerde als Auftrag auffasst, die Lehrkraft zu maßregeln und bloßzustellen. Ein klarer Fall für die Rechtsabteilung des BLLV.

Zur höchsten Instanz

Der Fall

Die Eltern einer Grundschülerin sind mit der Arbeit der Klassenlehrerin nicht zufrieden und beschweren sich. Insbesondere der Ausschluss ihres Kindes von einem Ausflug als Folge mehrerer Regelverstöße erbost sie. Die zuständige Regierung fordert Stellungnahmen ein. Sowohl die betroffene Lehrerin als auch die Schulleiterin müssen sich dazu gegenüber der Regierung äußern. Eine Stellungnahme der betroffenen Lehrerin einzuholen, ist Standardverfahren. Dass sich auch die Schulleitung äußern soll oder muss kommt nicht regelmäßig vor, ist aber – abhängig vom Vorwurf – auch nicht außergewöhnlich.

Die Lehrerin ist kein Mitglied des BLLV und muss ihre Stellungnahme daher ohne Hilfe durch die Rechtsabteilung erstellen. Die Schulleiterin ist Mitglied, sie erteilt eine Vertretungsvollmacht, sodass die Expertin der Rechtsabteilung >

sich in ihrem Namen gegenüber der Regierung äußern und die Stellungnahme abgeben kann. Zu diesem Zweck übergibt das Mitglied alle relevanten Unterlagen sowie eine Schilderung des Sachverhalts an den BLLV. Sie werden gesichtet und zur Weitergabe an die Bezirksregierung „in Form gebracht“. Und das war bitter nötig. Denn die Regierung hat alles andere als regelkonform gehandelt.

Klärung der Begriffe

Zur korrekten Form gehört, die einschlägigen Begriffe zu kennen und anwenden zu können. Man unterscheidet zwei Arten von Aufsichtsbeschwerden. Da ist zum einen die Fachaufsichtsbeschwerde, die richtet sich gegen den sachlichen Inhalt einer Maßnahme. Demgegenüber wendet sich eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Verhaltensweisen von Angehörigen der Verwaltung. Die kritisierten Verhaltensweisen können sowohl innerhalb als auch außerhalb der Dienstzeit liegen.

Der Begriff „Fachaufsichtsbeschwerde“ ist im allgemeinen Sprachgebrauch wenig verbreitet. Häufig wird fälschlicherweise der Begriff „Dienstaufsichtsbeschwerde“ auch bei Fachaufsichtsbeschwerden angewandt oder man spricht ganz allgemein von „Aufsichtsbeschwerden“ oder gar nur von „Beschwerden“. Im schulischen Bereich wenden wir daher auch gerne den Begriff „Elternbeschwerde“ an, ohne diesen näher zu differenzieren.

Die Rechte der Eltern

Anders als für Lehrkräfte existiert für Eltern und Erziehungsberechtigte kein Dienstweg. Sie können sich bei der Lehrkraft beschweren, aber auch bei der Schulleitung, dem Schulamt oder bei anderen dienstvorgesetzten Stellen, bis hin zur Regierung, dem Kultusministerium oder dem Landtag. Dieses Recht ist grundgesetzlich verbrieft: *„Jeder-mann hat das Recht, sich (...) mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“* (Art. 17 Grundgesetz)

Dabei sind Eltern und Erziehungsberechtigte weder an eine bestimmte äußere Form noch an eine Frist gebunden, was gar nicht so selten dazu führt, dass erst dann „nachgetreten“ wird, wenn die Lehrkraft das Kind schon nicht

mehr unterrichtet. Nur inhaltlich gibt es eine Einschränkung: die Wortwahl. Für die regelt die AGO (Allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern; zuletzt geändert am 19. April 2024) in § 17: *„Enthält ein Eingang grobe Beschimpfungen oder Beleidigungen (...), wird dem Absender mitgeteilt, dass der Eingang wegen der ungehörigen Form nicht bearbeitet wird.“*

Das Vorgehen der Regierung

Zwei Punkte am Umgang der Regierung mit der Angelegenheit erkannte die BLLV-Expertin als inakzeptabel und – im zweiten Fall – sogar als rechtswidrig. Zum einen schickte die Regierung bereits mit der Aufforderung zu einer Stellungnahme eine Pflichtenbelehrung mit. Sowohl Lehrkraft als auch Schulleiterin wurden an ihre Dienstpflichten und die ordnungsgemäße Amtsführung erinnert. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch noch gar nicht klar, ob die Elternbeschwerde auch nur die geringste Substanz habe.

Zum anderen wurden die Stellungnahmen der Kolleginnen ungefiltert an die Eltern weitergereicht. Man schrieb sie kurz und einfach von der ersten in die dritte Person beziehungsweise die indirekte Rede um und formulierte daraus das Antwortschreiben an die Beschwerdeführer. Dabei wurden auch dienstliche Interna, welche die Schulleiterin zur Klärung des Sachverhaltes der Regierung mitgeteilt hatte, weitergereicht.

Die Reaktion der Rechtsabteilung

Die Juristin des BLLV wandte sich mit einem Schreiben an die Regierung und brachte ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck. Dieser sei der Umgang mit Dienstaufsichtsbeschwerden bedauerlicherweise wohl nicht geläufig. Sie kritisierte, dass Beamtinnen und Beamte nicht auf eventuelle Versäumnisse hingewiesen werden dürfen, bevor diese nachweisbar belegt sind. Das reine Erheben von Vorwürfen durch Eltern oder deren Rechtsvertretungen bedeute eben gerade nicht schon den Nachweis für die Richtigkeit der erhobenen Vorwürfe.

Neben dem BLLV, vertreten durch die Rechtsabteilung, intervenierte auch der zuständige Bezirkspersonalrat gegenüber der Regierung und prangerte beide Punkte mit

deutlichen Worten an. Die Rechtsabteilung betonte insbesondere, dass die Eltern überhaupt kein Recht hätten, eine derart ausführliche Stellungnahme als Antwort auf ihre Beschwerde zu erhalten. Dies konnte auch durch Auszüge aus einschlägigen Kommentierungen (Beamtenrecht in Bayern; Weiß / Niedermaier / Summer; Stand: April 2024) belegt werden. „Ziel der Dienstaufsichtsbeschwerde ist die Veranlassung dienstaufsichtsrechtlicher Maßnahmen gegen den betreffenden Beamten einzuleiten. Dies gilt vor allem dann, wenn der Beamte eine Dienstpflicht missachtet hat.“

Die Behörde kann dem Wunsche des Beschwerdeführers entsprechen. Es besteht aber kein Rechtsanspruch auf ein bestimmtes Tätigwerden oder auf eine formelle Entscheidung der Behörde (etwa auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens). Nach Art. 17 GG (Petitionsrecht) hat der Bürger nur Anspruch darauf, dass die Behörde seine Eingabe annimmt, prüft und dem Einsender die Art der Erledigung formlos mitteilt. Die Mitteilung braucht nicht begründet zu sein.“

Keinesfalls sind den Eltern ergriffenen Maßnahmen gegenüber Bediensteten zu nennen oder diese durch Kritik an ihrer Amtsführung gegenüber Dritten bloßzustellen. Dies widerspräche der Fürsorge- sowie der Verschwiegenheitspflicht. Es wäre daher ausreichend gewesen, den beschwerdeführenden Eltern kurz und knapp mitzuteilen: „Wir haben Ihre Beschwerde überprüft und stellen abschließend fest, dass eine Verletzung der Dienstpflicht seitens der Lehrkraft aus Sicht der Regierung nicht vorliegt. Die Anschuldigungen werden somit zurückgewiesen.“

Fazit

Wie die Regierung tatsächlich mit der Elternbeschwerde gegen die Lehrkraft weiter verfuhr, ist uns nicht bekannt, da die Kollegin ja kein Mitglied ist. In einem anderen derartigen Fall jedoch konnten wir bei der entsprechenden Regierung eine Veränderung in der Vorgehensweise feststellen. Auf eine Serie von Vorwürfen eines (Querdenker-) Anwalts gegen einen Kollegen und dessen Schulleiterin widerlegte die selbe Sachbearbeiterin wie im obigen Fall zunächst alle Punkte und schloss dann kurz und knapp: „Abschließend kann festgestellt werden, dass aus Sicht der Regierung (...) kein begründetes Fehlverhalten von Herrn X und Frau Y vorliegt. Die Anschuldigungen werden somit zurückgewiesen.“ //



[Kommentar] Andreas Rewitzer

Unangebrachte Belehrungen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stellen Sie sich doch mal folgende Situation vor: Sie stehen mit ihrem Wagen auf einem öffentlichen Parkplatz, wollen gerade losfahren, da kommt die Polizei und bittet Sie zu einem Gespräch darüber, wie Sie sich im Straßenverkehr ordnungsgemäß zu verhalten hätten. Vermutlich würden Sie als erstes fragen, was denn der Anlass für diese Belehrung sei.

Ungefähr so verwundern muss das Gebaren einer Bezirksregierung, die Lehrkräfte aufgrund einer Elternbeschwerde über ihre Dienstpflichten belehrt, bevor überhaupt klar ist, ob an der Beschwerde auch nur das Geringste dran ist. Die Regierung berief sich darauf, dass sie ja eine Fürsorgepflicht gegenüber den Lehrkräften habe und man sicherstellen wolle, dass diese sich (auch künftig) nicht angreifbar machen würden.

Das ist eine Misstrauensbekundung, kein Erfüllen der Fürsorgepflicht. Als Beschäftigte können wir erwarten, dass der Dienstherr davon ausgeht, dass wir unsere Tätigkeiten nach bestem Wissen ausführen. Eine Belehrung, wie man seinen Job anständig macht, tut dann Not, wenn Pflichtverletzungen in irgendeiner Form nachweisbar vorliegen, aber nicht schon dann, wenn sie von Eltern unterstellt werden. //

Modernisierung per Gesetz



Selbstauskunft statt amtsärztlicher Untersuchung, höhere Freistellungsbeträge bei Nebeneinkünften, keine arbeitsmarktpolitische Beurlaubung mehr – auch im Bildungswesen kommt der Bürokratieabbau an. Ein Überblick.

Deregulierung und Entbürokratisierung hat die Staatsregierung schon lange versprochen, nun macht sie mit dem ersten Modernisierungsgesetz Bayern ernst. Neben zahlreichen Änderungen vor allem im Bereich der Bauordnungen und anderer Gesetze und Verordnungen ergeben sich auch gravierende Neuerungen für den Beamtenbereich und die Lehrerschaft.

Lehramtsanwärterinnen und -anwärter, Referendarinnen und Referendare müssen sich nicht mehr der amtsärztlichen Untersuchung zur Feststellung der gesundheitlichen Eignung für die Übernahme in ein Beamtenverhältnis unterziehen. Statt der gefürchteten Visite beim Amtsarzt machen die Bewerberinnen und Bewerber künftig in einem Selbstauskunftsbogen Angaben über ihren Gesundheitszustand. Nur wenn sich dann Zweifel an der gesundheitlichen Eignung ergeben, wird eine amtsärztliche Untersuchung fällig. Der Gesetzgeber weist darauf hin, dass das Verschweigen von Erkrankungen oder falsche Angaben bis zur Entlassung aus dem Beamtenverhältnis führen können.

Erleichterungen bei Nebentätigkeit

Eine weitere große Änderung bewirkt das Gesetz für den Bereich der Nebentätigkeiten. Wer nicht mehr als 10 Stunden jobbt und dafür pro Jahr nicht mehr als 10.000 Euro einnimmt, braucht sich die Nebentätigkeit nicht mehr genehmigen lassen. Auch unentgeltliche Nebentätigkeiten, die bisher von der Genehmigungsfreiheit ausgenommen waren, sind nun genehmigungsfrei.

Alle sonstigen dienst- und beamtenrechtlichen Vorgaben hinsichtlich einer Nebentätigkeit bleiben bestehen. So darf die Nebentätigkeit einer Lehrkraft nicht in Zusammenhang mit ihrer unterrichtlichen Tätigkeit stehen und auch weiterhin darf die Nebentätigkeit das Ansehen der Beamtin oder des Beamten

nicht beschädigen. Sollten sich Anhaltspunkte für Verstöße gegen dienstrechtliche Pflichten auch bei zukünftig genehmigungsfreien Nebentätigkeiten ergeben, werden diese auch weiterhin disziplinarrechtlich verfolgt und geahndet.

Beurlaubungsmöglichkeit gestrichen

Neben weiteren kleineren Änderungen beamtenrechtlicher Natur ergibt sich noch eine gravierendere Neuerung. So wird in allen Beamtenbereichen die Möglichkeit einer arbeitsmarktpolitischen Beurlaubung abgeschafft. Begründung: Es gebe in keinem Bereich mehr einen außergewöhnlichen Bewerberüberhang. Daher bestehe auch kein dringendes öffentliches Interesse mehr, durch arbeitsmarktpolitische Beurlaubungen Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

An den Grund-, Mittel- und Förderschulen sind die Auswirkungen der Streichung dieser Beurlaubungsmöglichkeit nicht wirklich spürbar. In diesen Schularten ist aufgrund des „Piazzolo-Pakets“ von 2020, den Notmaßnahmen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung, eine arbeitsmarktpolitische Beurlaubung sowieso nicht mehr genehmigungsfähig. Trotzdem ist die komplette Streichung dieser Beurlaubungsmöglichkeit – auch wenn die demografische Entwicklung keine Veränderung der Situation in absehbarer Zukunft erkennen lässt – aus Sicht der Abteilung Dienstrecht und Besoldung im BLLV nicht zu begrüßen. Gerade die Regelungen an Grund-, Mittel- und Förderschulen zeigen ja, dass es auch ohne komplette Streichung der arbeitsmarktpolitischen Beurlaubung aus dem Beamtenrecht möglich wäre, regulierend einzugreifen.

Inzwischen hat die Staatsregierung schon ein zweites Modernisierungsgesetz Bayern auf den Weg gebracht. Im Gegensatz zum ersten Gesetz wird dieses aber den Beamten- und Schulbereich nicht wirklich betreffen. //

*Leiter der Abteilung Dienstrecht und Besoldung

Höhere Entgelte, mehr Beförderungen und Schritte in Richtung A 13

Der solidarische Einsatz der Beamtinnen und Beamten für Verbesserungen im Tarifvertrag der Länder (TV-L) zahlt sich nun auch für sie selbst aus: Seit 1. November gilt eine neue Gehaltstabelle mit erhöhten Entgelten in jeder Gehaltsgruppe und -stufe um einen Sockelbetrag von 200 Euro. Der Bayerische Landtag hatte beschlossen, die TV-L-Abschlüsse vom Dezember 2023 auf den Beamtenbereich zu übertragen. Ebenso ändert sich der Orts- und Familienzuschlag. Eine zusätzliche prozentuale Erhöhung in der Gehaltstabelle um 5,5 Prozent folgt ab 1. Februar 2025. Auch der Orts- und Familienzuschlag wird entsprechend erhöht. Die einschlägigen Tabellen werden dann wieder auf der Homepage des BLLV im Servicebereich zu finden sein.

Zahlreiche funktionslose Beförderungen

Der 1. November war nicht nur der Termin für die Erhöhungen in der Besoldungstabelle, sondern auch, wie in jedem Jahr, der Termin für die funktionslosen Beförderungen im Bereich der Grund-, Mittel- und Förderschulen. Insgesamt über 2.400 Kolleginnen und Kollegen können sich auch in diesem Jahr wieder über eine Beförderung nach A 12 mit Amtszulage oder A 13 im Grund- und Mittelschulbereich oder nach A 13 mit Amtszulage im Förderschulbereich freuen. Ebenso auch viele Fach- und Förderlehrkräfte, die ebenfalls bei dieser Beförderungsrunde dabei sind.

Keine neuen Beförderungsstellen

Leider sind in diesem Jahr keine neuen Beförderungsstellen dazugekommen, weil im Haushaltsartikel 6i im Doppelhaushalt 2024/25 von der Staatsregierung keine neuen Mittel eingestellt wurden. So ergibt sich die Zahl der zur Verfügung

stehenden Beförderungsstellen nur aus Stellen, die durch Pensionierungen oder Weiterbeförderungen frei geworden sind. Trotzdem ist die Zahl der Beförderungen aufgrund von übrig gebliebenen Stellen aus den letzten Jahren in diesem Jahr noch relativ hoch. Im Grund- und Mittelschulbereich sind die beförderten Kolleginnen und Kollegen auf diesem Wege wieder in der A 13-Besoldung angekommen oder einen deutlichen Schritt in Richtung A 13 weitergekommen.

Erhöhte Übergangszulage

Ebenso werden aber auch alle anderen Grund- und Mittelschullehrkräfte ab dem 1. Januar 2025 den nächsten Schritt in Richtung A 13 gehen. Gemäß dem Stufenplan zur Einführung der A 13-Eingangsbesoldung für Grund- und Mittelschullehrkräfte im Jahr 2028 (im Koalitionsvertrag wird sogar von 2027 gesprochen) wird sich ab dem neuen Jahr auch die sogenannte Übergangszulage erhöhen. Für die Kolleginnen und Kollegen in A 12 verdoppelt sie sich von 80 Euro auf 160 Euro. Kolleginnen und Kollegen in A 12 mit Amtszulage erhalten dann 80 Euro statt der bisherigen Übergangszulage von 40 Euro. Für teilzeitbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen werden die Zulagen anteilig bezahlt.

Natürlich bleibt der BLLV trotz dieser durchaus positiven Entwicklung bei seinen weiteren Forderungen nach entsprechenden Anhebungen im Bereich der Funktionsämter (Seminar, Beratung, Schulverwaltung et cetera) und nach einem funktionslosen Beförderungsamt auch nach der Einführung von A 13. Dies wird in vielen Gesprächen, Diskussionen gefordert und es stand auch bei der Pressekonferenz des BLLV am Schuljahresbeginn auf der Agenda. //

Besoldungstabelle – gültig ab 01.11.2024

Erhöhung um Sockelbetrag 200 Euro und Erhöhung der Zulagen um 4,76 %, Zahlen gemäß Gesetzentwurf vom 08.02.2024

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

| Besoldungsgruppe | 2-Jahres-Rhythmus | | 3-Jahres-Rhythmus | | | | 4-Jahres-Rhythmus | | | | |
|------------------|-------------------|----------|-------------------|----------|----------|----------|-------------------|----------|----------|----------|----------|
| | Stufe | | | | | | | | | | |
| | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
| A3 | | 2.638,86 | 2.690,46 | 2.742,05 | 2.793,63 | 2.845,25 | 2.896,82 | 2.948,42 | 3.000,00 | | |
| A4 | | 2.704,64 | 2.765,43 | 2.826,15 | 2.886,89 | 2.947,62 | 3.008,34 | 3.069,05 | 3.129,77 | | |
| A5 | | 2.738,69 | 2.799,08 | 2.859,53 | 2.919,93 | 2.980,36 | 3.040,80 | 3.101,24 | 3.161,67 | | |
| A6 | | 2.806,56 | 2.872,86 | 2.939,20 | 3.005,58 | 3.071,93 | 3.138,28 | 3.204,61 | 3.270,93 | | |
| A7 | | 2.913,94 | 2.997,43 | 3.080,91 | 3.164,41 | 3.247,93 | 3.307,51 | 3.367,13 | 3.426,79 | | |
| A8 | | 2.986,50 | 3.093,47 | 3.200,49 | 3.307,46 | 3.414,48 | 3.485,80 | 3.557,10 | 3.628,44 | 3.699,76 | |
| A9 | | 3.123,21 | 3.237,39 | 3.351,56 | 3.465,77 | 3.579,94 | 3.658,45 | 3.736,96 | 3.815,45 | 3.893,95 | |
| A10 | | 3.352,72 | 3.499,00 | 3.645,35 | 3.791,64 | 3.937,93 | 4.035,46 | 4.134,31 | 4.234,07 | 4.333,87 | |
| A11 | | | 3.834,40 | 3.984,30 | 4.135,58 | 4.288,95 | 4.391,16 | 4.493,43 | 4.596,66 | 4.700,95 | 4.805,20 |
| A12 | | | | 4.291,28 | 4.474,13 | 4.659,18 | 4.783,52 | 4.907,83 | 5.032,17 | 5.156,50 | 5.280,83 |
| A13 | | | | | 4.974,01 | 5.175,37 | 5.309,62 | 5.443,88 | 5.578,16 | 5.712,41 | 5.846,68 |
| A14 | | | | | 5.320,13 | 5.581,25 | 5.755,38 | 5.929,49 | 6.103,57 | 6.277,69 | 6.451,79 |
| A15 | | | | | | 6.109,90 | 6.339,63 | 6.569,30 | 6.799,01 | 7.028,72 | 7.258,39 |
| A16 | | | | | | 6.734,16 | 6.999,85 | 7.265,53 | 7.531,17 | 7.796,82 | 8.062,47 |

Zulagen (Monatsbeträge in Euro)

| Lehrer | | Schulleiter | | | |
|--|--------|---|--|--|--------|
| Lehrer A12 + AZ | | Rektor, Konrektor / Zweiter Konrektor / Seminar- / Beratungsrektor A13 + AZ | | | |
| Studienrat im Förderschuldienst A13 + AZ | 288,96 | Rektor / Sonderschulrektor / Sonderschulkonrektor / Zweiter Sonderschulkonrektor A14 + AZ | | | 304,95 |
| Strukturzulage (z.B. FöL) | 106,02 | | | | |

Zusammenstellung: Hans Rottbauer, Dietmar Schidleja, Gerd Nitschke, Knut Schweinsberg

Orts- und Familienzuschlag (Monatsbeträge in Euro) ab 01.11.2024

| Ortsklasse | Stufe L | Stufe V | Stufe 1 | Stufe 2 | zzgl. für das 3. Kind | zzgl. je weiterem Kind |
|------------|---------|---------|---------|---------|-----------------------|------------------------|
| I | | | | | | |
| II | | | 319,87 | 467,30 | 456,92 | 547,01 |
| III | | 80,67 | | 500,19 | 470,63 | 590,74 |
| IV | | | 341,76 | 533,06 | 484,76 | 634,91 |
| V | | 103,71 | 363,64 | 565,93 | 499,30 | 679,47 |
| VI | | 126,76 | 385,53 | 638,88 | 514,28 | 724,48 |
| VII | 156,96 | 156,96 | 503,39 | 723,54 | 529,70 | 769,93 |

Zusammenstellung: Knut Schweinsberg, Hans Rottbauer, Dietmar Schidleja



Aufbruch zur kulturellen Vielfalt

Der BLLV Reisedienst ist eine der besten Adressen für Lehrkräfte, die ihre Reiselust mit tiefgehenden kulturellen Erlebnissen verbinden möchten. Verlangen nach neuen Horizonten, Fernweh nach unbekanntem Kulturen – der BLLV Reisedienst bietet maßgeschneiderte Reisen, die den Bedürfnissen von Pädagoginnen und Pädagogen entsprechen und weit über den klassischen Tourismus hinausgehen. Besonders gefragt sind Kulturreisen, die Bildung, Sinnlichkeit und Entspannung in Einklang bringen.

Die Faszination von Kulturreisen

Jede Reise hat ihren eigenen Charakter. Neben Besuchen historischer Stätten und kunsthistorischen Führungen machen Begegnungen mit der lokalen Bevölkerung und kulinarische Erlebnisse diese Reisen zu etwas ganz Besonderem. Zu den beliebtesten Zielen des BLLV Reisedienstes zählen Regionen und Städte, die durch ihre kulturelle Vielfalt und ihren historischen Reichtum bestechen. 2025 erwarten Sie unter anderem folgende Destinationen:

Julia Stoll Mitarbeiterin des BLLV-Wirtschaftsdienstes

Barcelona – Katalaniens Metropole ist ein Schmelztiegel aus Tradition und Moderne. Gaudís architektonische Meisterwerke wie die Sagrada Família oder der Park Güell begeistern ebenso wie die unterschiedlichen Märkte, die berühmte Musikszene und die reiche Geschichte der Stadt. Mediterrane Lebensfreude und die gleichzeitige Nähe von Strand und Kultur machen Barcelona zu einer der Top Destinationen Europas.

Madeira – Die portugiesische „Blumeninsel“ im Atlantik ist bekannt für subtropische Vegetation, schroffe Küstenlandschaften und mildes Klima. Wandern Sie durch die üppigen Wälder und entlang der alten Bewässerungskanäle, den berühmten Levadas.

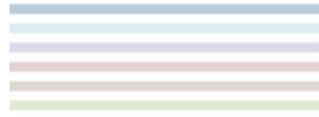
Kuba – Zigarre und Rum, Flanieren an Havannas Uferpromenade Malecón; Oldtimer und Buena Vista Social Club – auch abseits touristischer Klischees und trotz aller politischer Schatten ist es die karibische Insel der bärtigen Revolutionäre wert, neu entdeckt zu werden und sich von der kubanischen Lebensfreude anstecken zu lassen.

Mailand – Für Liebhaber von Kunst, Mode und Geschichte ist die lombardische Hauptstadt ein Muss. Außerdem werden die Gärten und Paläste am nahe gelegenen Lago Maggiore besichtigt. Bei einem Tag zur freien Verfügung können Sie die Kunst des Flanierens üben. //

bllv-rd.de



AKADEMIE



Wie wir es als Gesellschaft schaffen, die unterschiedlichen Stärken jedes Menschen zu erkennen und zu fördern, ist ausschlaggebend dafür, wie die Gesellschaft von Morgen aufgestellt sein wird. Dafür ist gute Kommunikation gefragt!



PRÄSENZ-SEMINAR

2025 P 02 DONNERSTAG, 06.02.2025, VON 10.00 - 16.00 UHR, MÜNCHEN

Kompaktseminar Mediation

Stressvolle Konfliktsituationen im Schulalltag konstruktiv meistern

Dank individueller Beratung durch das Referentinnen-Team finden Teilnehmer*innen des Seminars passgenaue Lösungen für wiederkehrende Konflikte in ihrem persönlichen Schulalltag.



ONLINE-SEMINAR

2025 D 18 MITTWOCH, 12.03.2025, VON 16.00 - 17.30 UHR

Lerncoaching – Möglichkeiten für den schulischen Alltag

Die Lernquelle des Lernenden wieder aktivieren

Im Workshop erleben Teilnehmende Formate des Lerncoachings, die sowohl für die ganze Klasse als auch für die Einzelberatung wirkungsvoll sind.

→ Für eine maßgeschneiderte Weiterbildung an Ihrer Schule informieren Sie sich bitte über unser umfangreiches Angebot für Schulhausinterne Fortbildungen unter bllv.de/schilf

→ Viele weitere spannende Seminarangebote sowie Anmeldung unter bllv.de/seminare oder per Scan



Für die Anerkennung als eine die staatliche Lehrerbildung ergänzende Maßnahme ist der Dienstvorgesetzte verantwortlich. Dienstbefreiung kann beantragt werden.

Tu Dir mal wieder was Gutes.



Der neue Akademie-Newsletter: Der Newsletter, der gut tut

Viermal im Jahr Neuigkeiten rund um Themen, die Sie stärken und wachsen lassen. Input & Anregungen, die Ihren Schulalltag auffrischen und leichter machen. Inspirierende Infos von Expert*innen, die in die Tiefe gehen.

Der BLLV Akademie-Newsletter geht unter anderem folgenden Fragen nach:

- ✓ Wie bleibe ich als Lehrkraft gesund?
- ✓ Wie stärke ich meine Selbstwirksamkeit?
- ✓ Wie baue ich eine starke Beziehung zu meinen Schüler*innen auf?



Scannen und für den Newsletter anmelden!





Bahn frei für Nachhaltigkeit

Wie sich eine technische Berufsschule fürs Klima engagiert

Chris Bleher

„BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG“ IST TOPTHEMA AUF DER AGENDA DES BLLV. UM ES VORANZUTREIBEN, HAT DER VERBAND IM SOMMER 2022 DEN „PAKT FÜR BNE“ INS LEBEN GERUFEN UND SICH DARIN MIT ZAHLREICHEN ANDEREN VERBÄNDEN, INSTITUTIONEN UND VEREINEN VERNETZT. IN IHRER BNE-SERIE PRÄSENTIERT DIE BAYERISCHE SCHULE PARTNERORGANISATIONEN UND PORTRÄTIERT VORBILDHAFTER UND NACHHALTIGER SCHULPROJEKTE.

An der Trasse der Staudenbahn jaulen die Motorsägen. Die Gleise sind überwuchert von Bäumen, deren Wurzelwerk und dichtem Gestrüpp, doch die Männer in leuchtfarbener Schutzkleidung arbeiten sich Meter für Meter voran. Ihr Ziel: Auf der in Teilen verfallenen Strecke zwischen Augsburg und Bad Wörishofen sollen bald wieder Züge verkehren können. Sind die Schienen erst freigelegt, will die zuständige Bahngesellschaft sie erneuern.

Die eigentlichen Motoren des Projekts sind Bernhard Fischer, Fachbetreuer für Politik und Geschichte (PuG) an der Berufsschule (BS) Mindelheim, und Karl Geller, pensionierter Leiter der Fahrzeugabteilung für Nutzfahrzeug- und Landtechnik. Jedes Jahr rücken die beiden dem Gehölz mit vier Klassen Landmaschinen-Mechatronikern zu Leibe. Sie alle haben zuvor an der Schule ihren Kettensägen-Abendkurs absolviert. Der nützt ihnen auch bei der Berufsausübung, denn Kettensägen und ihr Zubehör verschleißten, es braucht fachkundiges Personal, um sie instand zu setzen und zu warten.

Die Motivation der Mindelheimer geht jedoch über die Gerätschaft weit hinaus. Viele junge Leute fragen sich Geller zufolge: „Was nützt dir auf dem Land ein 49-Euro-Ticket, wenn du keinen Bahnhof hast?“ Deshalb riefen Fischer und er die „Workdays for Future“ ins Leben. Sie wissen: Reaktivierte Bahnlinien können durchaus profitabel betrieben werden, das hat jüngst das Beispiel einer Strecke bei Ulm belegt. Und Karl Geller liebt „klassische Win-Win-Situationen“. Der 67-Jährige sagt: „Wir bauen hier keine Luftschlösser, wir machen praxisbezogenen, nachhaltigen Unterricht mit gesellschaftlichem Bezug“. So, wie es die KMK im Einklang mit den 17 Nachhaltigkeitszielen der UN beschlossen habe und das Grundgesetz nach Artikel 20a verlange.

Berufsschüler und Gymnasiasten gemeinsam

Das Staudenbahn-Projekt bietet vielfältigen Nutzen: Für dieses Schuljahr hatten sie sich vorgenommen, dass sich nicht nur die Schülerinnen und Schüler der eigenen Berufsschule an dem Projekt beteiligen, sondern auch die des Maristenkollegs Mindelheim, ein Gymnasium, und die der Berufsschule Neusäß (Gartenbau). „Wir kombinieren die Stärken der verschiedenen Schularten“, sagt der Mann mit dem Silberzopf, „und wir bringen unterschiedlichste Menschen in einem Nachhaltigkeitsprojekt zusammen“. Nachhaltigkeit geht in diesem Fall auch durch den Magen: Die Mittagsverpflegung kommt von den Köchinnen und Köchen der Zweigstelle in Bad Wörishofen. „So versteht jeder“, sagt Fischer, „dass er gebraucht wird und mit

seinen Fähigkeiten zu gesellschaftlich relevanten Projekten einen wichtigen Beitrag leisten kann“.

Auf ihrer eigenen Strecke in Richtung Nachhaltigkeit hat es die BS Mindelheim mit ihren drei Standorten schon weit gebracht. Sie ist „Klimaschule Gold“, und die beiden künftigen Partnerschulen haben sich per Beschluss der Lehrerkonferenz dafür ausgesprochen, sich beim Projekt „Klimaschule Bayern“ anzumelden. Zertifizierte Klimaschulen sind angehalten, nicht nur ihren CO₂-Fußabdruck zu bestimmen, sondern aktiv daran zu arbeiten, ihn zu verkleinern. Und Berufsschulen leben gerade mit Blick auf die Mobilität auf großem Fuß: Sie bilden Kompetenzzentren und die Azubis in manchen Berufen reisen aus ganz Bayern zum Blockunterricht an den drei Standorten der BS Mindelheim – meist mit dem Auto.

Ein Energieeffizienz-Kurs als Wahlfach

Geller selbst erzeugt als gebürtiger Mindelheimer, der seit Jahr und Tag dort lebt und zum Fahrradbeauftragten der Kleinstadt ernannt wurde, einen eher bescheidenen CO₂-Abdruck. Statt um die Welt zu düsen wie einst als Dozent für Photovoltaik in China, networkt er auch als Pensionist passioniert aus seinem Büro in der Berufsschule Mindelheim heraus. Der Arbeitsraum wird ihm zugestanden, weil er für das ISB zum Thema Klimaschule und im neu geschaffenen BNE-Beratungsnetzwerk Bayern wirkt.

Die Rolle der Schulen in Sachen Nachhaltigkeit ist Gellers Ansicht nach kaum zu überschätzen: „Wenn diese Gesellschaft die Ziele des Pariser Klima-Abkommens erreichen will, geht das nur mit mehr Bildung. Denn jede Wende beginnt im Kopf – auch die Energiewende!“ So plant der Mann nicht nur Projekte wie die Freilegung der Staudenbahn-Strecke. Im Programm stehen auch Energieeffizienzprojekte im In- und Ausland oder die Beteiligung seiner Schule an Biotopmaßnahmen. Acht Jahre lang betreute er den mit der IHK Schwaben entwickelten „Energieeffizienz-Kurs“ der Schule.

Das abendliche Wahlfach ist auf 40 Stunden angelegt und der Stolz des Hauses. Im Kurs werden alle Grundlagen der Energiebereitstellung erklärt, vom Baubereich über Mobilität bis zum Einsatz von Maschinen in Fabriken. Es geht aber auch um Fragen wie: „Wo gibt es Fördergelder?“ oder: „Wie sag ich's meinem Chef?“ Im Rollenspiel führen Schüler als Mitarbeiter Gespräche mit der Betriebsleitung. Was tun mit dem „Bad Guy“ in der Chefetage, der von klimafreundlichen Umbaumaßnahmen partout nichts wissen will? Das Wissen um die technischen Voraussetzungen plus die Fähigkeit, sie anderen zu erklären, hat Geller zufolge „in Betrieben schon viel bewirkt“. Schließlich rechnen sich die Effizienz-Maßnahmen ja auch für den Betrieb.



Der Hit ist das Rollenspiel „Energie(spar)dorf“. Die Mitspieler sollen sich auf sinnvolle Energieformen einigen.

Für seine jahrzehntelangen Impulse hat Karl Geller vor einem Jahr das Bundesverdienstkreuz bekommen. Die Liste seiner Initiativen und der Preise, die seine Berufsschule am Ende eingefahren hat, ist lang. Sie wurde unter anderem 2. Bundessieger bei „co2online“ und Hauptpreisträger „Deutscher Klimapreis“ der Allianz Umweltstiftung. Sie ist die erste Berufsschule in Bayern mit dem Goldstatus beim Projekt „Klimaschule Bayern“ (bsmn.de/klimaschule). Eine der jüngeren Ideen ist das Projekt „Energy Days“. Zu dieser auf zwei Wochen angelegten Energieschulung kam zuletzt sogar eine Klasse aus Norwegen. Die Stunden wurden auf Englisch gehalten. Auch hier hat sich wieder eine der klassischen Win-Win-Situationen ergeben: Sprache lernen – und was mit Energie machen. >

PAKT-PARTNER

Greenpeace Deutschland e.V.

Greenpeace Deutschland, gegründet 1980 in Hamburg, tritt für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz ein und kooperiert mit Schulen und Lehrkräften, um das Bewusstsein für Nachhaltigkeit zu stärken. Als Mitglied des „Bündnis ZukunftsBildung“ setzt sich Greenpeace dafür ein, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im schulischen Alltag verankert wird. Ein zentrales Projekt ist „Schools for Earth“, das Schulen unterstützt, klimafreundliche Maßnahmen umzusetzen und ihre Klimabilanz zu verbessern. Interessierte Schulen können Materialien und Broschüren per E-Mail an bildung@greenpeace.org kostenlos bestellen.

Die Handreichung „Whole School Approach“ bietet methodische Impulse, um Themen wie Klimaschutz, nachhaltigen Konsum, Demokratie und Frieden in die Kultur der eigenen Schule zu integrieren. Zusätzlich stellt Greenpeace zahlreiche Bildungsmaterialien bereit, die auf verschiedene Altersgruppen und Schulformen zugeschnitten sind. Sie decken Themen von allgemeinem Klimawandel bis hin zu spezifischen Bereichen wie Energie, Ernährung und Mobilität ab.

Für berufsbildende Schulen gibt es spezielle Angebote zur Verankerung des Themas Nachhaltigkeit in der Schulentwicklung und Unterrichtsgestaltung. Alle Materialien können auf der Homepage von Greenpeace unter greenpeace.de/ueber-uns/umweltbildung heruntergeladen werden. Auch ein Greenpeace-Besuch im Unterricht ist möglich (in Bayern: Aschaffenburg, Augsburg, München, Nürnberg, Straubing). Nach eigener Darstellung ermutigen ehrenamtliche Greenspeakerinnen und Greenspeaker „mit viel Erfahrung im Umweltaktivismus“ junge Menschen in einer Doppelstunde, selbst aktiv zu werden. mm

bllv.de/bne





Workdays for Future: Die Landmaschinen-Mechatroniker der BS Mindelheim machen die teils verwilderte Trasse der Staudenbahn wieder nutzbar. So geht „praxisbezogener, nachhaltiger Unterricht mit gesellschaftlichem Bezug“.

Die Liste der CO₂-bewussten Projekte der BS Mindelheim ist lang. Meist tragen sie sprechende englische Namen. Im Zusammenhang mit E-Mobility entwickelten Schüler ein „E-Cart“. Das Computer-Planspiel „Green Factory“ war eine ursprünglich benotete Projektarbeit zweier Schüler von Geller. Einer der beiden arbeitet heute selbst als Lehrer an der Berufsschule. Das Projekt „Vertical Farming“ wiederum entstand im Englischunterricht in einer Abschlussklasse. Es ist verknüpft mit einem Uganda-Projekt. Die Berufsschule hilft dort, eine Bildungseinrichtung für regenerative Energien aufzubauen. Es mache ihn stolz, sagt Geller, wenn seine Schüler am Ende nicht nur wissen, wie man eine Maschine bedient, sondern was die vielleicht auch mit dem Welthunger zu tun hat – und mit dessen Lösung.

Der Hit ist seit Jahren das Rollenspiel „Energie(spar)dorf“. Die Mitspieler versammeln sich um eine Miniaturlandschaft aus Häusern und Fabriken und sollen sich auf sinnvolle Energieformen einigen. Die ersten Versuche enden meist in heillosem Zank. „Hier in Deutschland“, sagt Geller, „blockiert man sich

oft gegenseitig“. Er rate dann: „Horcht doch mal zu, statt nur Maximalforderung zu stellen.“ Doch dann erarbeiten sie sich gemeinsam die Alternativen. So trägt der Streit um die beste Energieform zugleich zur Demokratiebildung und zu einer Schule der Diskussionskultur bei.

Klimadorf Wildpoldsried als echtes Vorbild

Das Experiment krönt Geller stets mit einem Aha-Moment. Im Internet sehen sie sich am Ende ein reales Klimadorf an: Wildpoldsried. In der international bekannten Gemeinde im Oberallgäu habe man miteinander geredet, zugehört, diskutiert – und gemeinsam beschlossen, Windräder, Solar- und Biogasanlagen zu installieren. Heute kaufen die Wildpoldsrieder keinen Strom ein, sie speisen ihn ein – im Schnitt achtmal so viel wie sie selbst verbrauchen, kommt ins Netz. Auch dieses Beispiel ist für Geller Beweis: Wo ein Wille ist, ist schon bald ein Weg. Oder eine nagelneue Bahntrasse. //

OPITEC

Ihr Partner für Werken & kreatives Gestalten
in Kindergärten, Schulen und Ihrem Zuhause.



in Kooperation mit
initiative junge forscherinnen und forscher e.V

Opa Karls Tüftelkiste - Getriebetechnik

- Thema: Kraftübertragung mit Zahnradgetriebe
 - Projekt: Bau eines Handventilators
 - Alter: ab 8 Jahren
 - detaillierte Bauanleitung auch Download
- + gratis eBook mit Aufgaben für den Unterricht
- Lieferumfang: Einzelpackung oder Klassensatz



Jetzt entdecken:



didacta
die Bildungsmesse

Save the date!

Messe Stuttgart, 11.–15. Februar 2025

Mehr erfahren:



OPITEC





Schulpreisrektor und Präsidentin machen gemeinsam Mut

Der BLLV auf Hospitation an der Eichendorffschule in Erlangen

Steve Bauer

In der Aula des Schulhauses sind Kameras und Mikrofone aufgebaut. Ein Team des Bayerischen Rundfunks dreht einen Vierminüter für die Abendschau. Zufällig am selben Tag interessiert sich auch eine Gruppe von Mandatsträgern und Hauptamtlichen des BLLV für die Eichendorffschule in Erlangen. Sie spazieren durch die Aula und Gänge, spitzen in Klassenräume, sprechen mit Jugendlichen und Lehrkräften. Als der Gastgeber, Rektor Helmut Klemm, eine Neuntklässlerin fragt, ob sie denn in Anbetracht der Kameras nervös sei, antwortet das Mädchen routiniert: „Ach, Herr Klemm, wir machen einfach, was wir immer machen, oder?“

Das öffentliche Interesse gehört offenbar zur neuen Normalität, seit die Schule im vergangenen Oktober den Deutschen Schulpreis verliehen bekommen hat. Für genau das, „was sie immer machen“. Aus diesem Grund möchte sich die Verbandsspitze mit dem Präsidium, Abteilungsleitungen, Funktionärinnen und Funktionären aus dem Landesvorstand und einigen Hauptamtlichen selbst ein Bild von dem machen, was diese Schule auszeichnet (ausführliche Reportage in bs #6 2023).

Konsequente Umstellung auf Ganzttag und Verzicht auf M-Klassen

Was immer sie machen an der Eichendorffschule, sie haben es nicht immer schon so gemacht. „Als ich vor zehn Jahren vor der Schulaufsicht über unsere Vorhaben gesprochen habe, wollte man mich am nächsten Tag abmahnen. Jetzt bekommen wir höchstes Lob vom Ministerpräsidenten und von der Ministerin. Es bewegt sich was.“ So beginnt der „Schulpreisrektor“, wie ihn BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann charmant betitelt, die Vorstellung der Schule. Und genau das wollen die BLLV-Gäste an diesem Tag herausfinden: Wo hat das Team der Schule die Schmerzgrenze der bayerischen Bildungspolitik gekratzt? Was können andere Mittelschulen als Anregung nutzen?

Kern des inneren Umbaus in der Arbeit der Schule war strukturell die konsequente Umstellung auf Ganzttag. An der Eichendorffschule gibt es keine Halbtagsklassen mehr. In Absprache mit anderen Mittelschulen im Verbund war das möglich. Es gehe ihm und seinem Team vor allem um Bildungsgerechtigkeit, sagt Klemm. Deshalb müsse „ein Bildungsort immer auch ein Kulturort sein.“ Und der lasse sich für eine Schülerschaft mit 70 Prozent Migrationshintergrund und Herkünften aus 30 Ländern nun mal viel besser im Ganzttag realisieren.

Zur Kultur der Heterogenität gehört eine Alternative zur üblichen Form der mittelschulinternen Differenzierung im Klassenangebot: Die Eichendorffschule verzichtet auf M-Klassen.

Spätestens jetzt wird klar, warum es in den Reihen der Schulaufsicht zu Schnappatmung gekommen sein muss. Doch der Rektor war und ist überzeugt: „Wir müssen den Schülern das Lernen zurückgeben.“ Bei den Jugendlichen ebenso wie bei den Lehrkräften gehe es gleichermaßen um eine andere Haltung. „Die Schüler“, sagt Klemm, „müssen die Verantwortung für ihr eigenes Lernen auch übernehmen wollen“.

Begleitetes Arbeiten in Lernbüros und abgestuftes Material

Gelingensfaktoren seien die passenden Strukturen in Bezug auf Ort, Zeit und die Leistungserhebung, das richtige Material – und die richtige Begleitung. Was das bedeutet, davon konnten sich die Gäste aus dem BLLV mit einem Blick in die sogenannten Lernbüros überzeugen. Mit einem hohen Maß an Eigenständigkeit und Selbstverantwortung arbeiteten beispielsweise die Schülerinnen und Schüler einer sechsten Klasse gerade im Mathematik-Lernbüro an unterschiedlichen Schwerpunkten und in unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden.

Alle Themen des Lehrplans sind so aufbereitet, dass für die Jugendlichen Übungen in drei Differenzierungsstufen zur Verfügung stehen. Genau daran macht Rektor Klemm auch das Potenzial für die Weiterentwicklung fest: „Wir brauchen als nächstes die Kraft, diese Übungsbausteine noch individueller zu gestalten.“ In den Lernbüros stehen den Schülerinnen und Schülern immer mindestens zwei erwachsene Unterstützer zur Seite. Die verantwortliche Lehrkraft und weiteres Personal, das unter anderem durch die zusätzlichen Gelder für die 18 Ganztagsklassen finanziert wird.

Teamsitzungen in Lernhäusern und externe AGs im Campus

Für die BLLV-Delegation wird klar: Es sind durchaus bekannte Werkzeuge der Individualisierung, des materialgeleiteten Lernens und des Zusammenlebens in einem funktionierenden Ganzttag, derer sich die Schule bedient. Aber diese basieren auf mutigen Entscheidungen, wie der für den Ganzttag und gegen M-Klassen. Und sie sind in beeindruckender Weise eingebettet in klare Strukturen bis hin zu den wöchentlichen Teamsitzungen in den Lernhäusern oder zum „Campus“, wo externe Fachkräfte Arbeitsgemeinschaften anbieten. „Dafür brauchen wir unsere eigenen Vorgaben und Leitplanken, die zu den Jugendlichen und zur Schule passen müssen“, sagt Klemm selbstbewusst. „Mit einheitlichen Vorgaben von oben“ sei eine solche Arbeit nicht machbar.

„Als ich vor zehn Jahren vor der Schulaufsicht über unsere Vorhaben gesprochen habe, wollte man mich am nächsten Tag abmahnen.“

Helmut Klemm

„Wege, wie sie die Eichendorffschule gegangen ist, müssen nicht nur geduldet, sie müssen in hohem Maße unterstützt werden.“

Simone Fleischmann

Am Ende ihres Drehs holen die BR-Leute noch ein Statement der BLLV-Präsidentin ein. Sie fasst zusammen: „Hier erlebt man, dass Schülerinnen und Schüler der Mittelschule gerne in die Schule gehen“. Nach ihren Einlassungen vor der Kamera kehrt sie zurück zu Rektor und BLLV-Gruppe – und wird politischer. In ihren Dankesworten verbalisiert Simone Fleischmann nicht nur die Wertschätzung, die aus den Gesichtern zu lesen ist. Sie zieht aus dem Austausch über die Lernqualität an der Eichendorffschule einen bildungspolitischen Auftrag: „Diese Schule macht Schule. Es muss unser Ziel sein, dass alle Mittelschulen Schule machen können. Wir werden deshalb unsere Eindrücke als BLLV in die Politik einbringen. Wege, wie sie die Eichendorffschule gegangen ist, müssen nicht nur geduldet, sie müssen in hohem Maße unterstützt werden.“ //

bllv.de/moderne-mittelschule





$$12 \div 3 =$$

$$4 \times 3 =$$

Dime un número par

Dieter Reithmeier*



Oasen der Zuwendung

Im vergangenen Jahr konnte die BLLV-Kinderhilfe dank der Spenden vieler Lehrerinnen und Lehrer und vieler engagierter BLLV-Kreis- und Bezirksverbände wieder viel Gutes tun: In Südafrika und Ghana wurden Schulprojekte unterstützt, in Peru fördert sie den Aufbau eines weiteren Berufsbildungszentrums. Doch auch in Bayern ist Hilfe nötig: Immer mehr bedürftige Kinder nutzen das denkbar Schulfrühstück. Durch dieses Projekt erhalten sie nicht nur kostenlos eine gesunde Grundlage für den Schultag, sondern auch menschlichen Zuspruch durch die Frühstückslotsen. >

*Geschäftsführer der BLLV-Kinderhilfe

Aus dem Kinderhaus Casadeni in Peru gibt es gute Nachrichten: Täglich kommen über 60 Kinder und Jugendliche und nehmen am Förderunterricht, an den Workshops und an den Freizeitprogrammen teil. Es ist wunderbar zu beobachten, wie diese Oase der Ruhe und der Zuwendung mitten in der zermürbenden Hektik der lauten Provinzhauptstadt Ayacucho eine so große Rolle im Leben der Kinder spielt.

Bei den Begegnungen mit den „Ex-Casadenis“, also Erwachsenen, die zum Teil vor vielen Jahren das Kinderhaus besucht haben, wird die Bedeutung dieses Ortes für ihre Biografien immer wieder deutlich. Im Kinderhaus haben sie alles das erlebt, was im Alltagsleben auf der Straße, im Berufsleben, in den Familien so selten ist: Rücksichtnahme, Wertschätzung, Selbstbestimmung, Anerkennung, Freude und Liebe – kurz gesagt ein Zuhause, Heimat. Sie berichten dankbar, wie die Erfahrungen im Kinderhaus ihr Leben geprägt und dazu beigetragen haben, dass sie heute im Studium, in der Ausbildung oder im Beruf erfolgreich sind.

Im Kinderhaus haben sie gelernt, wie wichtig es ist, Probleme mit anderen Beteiligten gemeinsam zu diskutieren, Meinungsverschiedenheiten friedlich zu klären und Kompromisse zu finden – Werte und Verhaltensregeln, die in einer von wirtschaftlicher Not und extremer Armut gekennzeichneten Welt allzu häufig mit Füßen getreten werden. Sie haben aber auch gelernt, sich realistische Ziele zu setzen, auch bei Widerständen dranzubleiben, nicht aufzugeben.

Der Traum vom eigenen kleinen Gewerbe

Auch das dem Kinderhaus angeschlossene Berufsbildungszentrum ist gut nachgefragt. Die jungen Erwachsenen sind engagiert bei der Sache, egal ob sie in der Schneiderei, in der Bäckerei oder in den Computerräumen lernen. Besonders erfolgreich sind Bäckerei und Konditorei. Inzwischen ist neben der berufspraktischen Ausbildung auch eine eigene Brot- und Gebäckproduktion angelaufen, um als Einrichtung selbst Geld zu generieren. Jeden Nachmittag sind die leckeren und nahrhaften Brote am Straßenstand neben dem Eingang zum Haus schnell verkauft.

Wie in Deutschland wollen auch in Peru viele junge Menschen studieren – oft ohne Erfolg, wenn sie aus ärmeren Verhältnissen kommen. Die Arbeit mit der Hand ist auch in Peru deutlich schlechter angesehen als ein Studium, wobei die Anforderungen an der Universität in vielen Fällen schlichtweg zu hoch sind. Hoch ist auch die Zahl der Studienabbrecher. Umso wichtiger sind die Angebote unserer Einrichtung. Viele

Erfolgsgeschichten kann das Berufsbildungszentrum erzählen. Von Absolventen, die sich eine eigene Werkstatt oder ein Lädchen aufgebaut haben, in dem sie nun Backwaren verkaufen oder Kleidung schneiden. Die Computerkurse werden häufig von Studierenden besucht. Dort lernen sie die nötigen Fertigkeiten für das Studium.

Ein neues Berufsbildungszentrum

Wie erfolgreich die Arbeit in den Berufsbildungskursen ist, hat sich in der Region herumgesprochen, und so werden wir nun auch helfen, ein Bildungszentrum in einer Dorfgemeinde außerhalb von Ayacucho hoch in den Anden aufzubauen. Die Gemeinde Quispillacta verfügt über ein renovierungsbedürftiges Gebäude mit zwei Klassenräumen. In einem davon stehen drei sehr alte Nähmaschinen und ein alter Backofen, im anderen einige Computer aus den Anfängen der Digitalisierung. Es fehlt nicht nur an einer angemessenen Ausstattung, sondern auch an Tischen und Stühlen und grundlegendem Unterrichtsmaterial. Eine Lehrerin unterrichtet zusätzlich bei sich zu Hause einige Mädchen im Backen.

Quispillacta liegt etwa zwei Stunden von der Provinzhauptstadt entfernt. Vor 30 Jahren gründete sich in der Region eine Initiative indigener Frauen und Männer, die sich nicht mit der extremen Armut in ihren Dörfern und der Landflucht abfinden wollten. Sie konzipierten ein beispielhaftes landwirtschaftliches Entwicklungsprogramm: Ein ausgeklügeltes Bewässerungssystem versorgt ein komplettes Tal ganzjährig mit Wasser, das während der Regenzeit gesammelt wird. Damit wurde eine nachhaltige, umweltverträgliche und produktive Landwirtschaft ermöglicht. Das Projekt wurde mehrfach prämiert und wird inzwischen auch in anderen Teilen Südamerikas umgesetzt. Betreut wird es von der renommierten schweizerisch-deutschen Kinderrechtsorganisation Terre des Hommes.





Die Berufsschule in Quispillacta muss renoviert werden. Sie soll helfen, die Landflucht zu verhindern.

Wie erfolgreich die Arbeit in den Berufsbildungskursen ist, hat sich auch in einer Region hoch in den Anden herumgesprochen.

Stolz berichtet Magdalena Machaca, Vorsitzende der „Asociación Bartolomé Aripaylla“, vom Erfolg des Projekts und wie es den Zusammenhalt unter den Menschen gestärkt hat. Dazu gehört auch der Wunsch, den Jugendlichen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Sie sollen nicht in die Stadt, nach Ayacucho oder gar Lima, abwandern, um dort zu arbeiten. Sie sollen in der Region bleiben und ausgebildet werden – mithelfen, die Armut zu überwinden und die Bevölkerung zu einem bescheidenen, ihrer Lebensform angemessenen Wohlstand zu bringen.

Sorgsamer Umgang mit Spenden

Bei einem Besuch im März durfte ich die engagierten Frauen und Männer dieser vorbildhaften, seit 30 Jahren aktiven indigenen Organisation kennenlernen. Mit großer Freundlichkeit und beeindruckendem Engagement berichteten sie mir von ihrem erfolgreichen Wasserprojekt. Nun wollen sie die Bildung der Jugend verbessern. Eine Mitarbeiterin von Terre des Hommes, >



Morgenappell. Nach ihrem Schulabschluss stehen die Jugendlichen in Quispillacta ohne Chance auf eine Ausbildung da.

die schon viele Jahre mit dem örtlichen Team zusammenarbeitet, berichtete mir von der Ernsthaftigkeit und der Entschlossenheit der Mitglieder der Organisation. Nur mit einem großem Verantwortungsbewusstsein und mit Ausdauer waren ihre Erfolge möglich. Die Mitarbeiterin versicherte, Eltern und Lehrer würden selbst Hand anlegen, wenn das Berufsbildungszentrum ausgebaut wird, und dass sie sehr verantwortungsbewusst mit den Spendengeldern umgehen werden.

Kinderhilfe-Projekte in Bayern

Der Vorstand der Kinderhilfe hat nun beschlossen, neben dem Kinderhaus in Ayacucho auch den Ausbau dieser Berufsschule zu unterstützen. Das beinhaltet die Renovierung des Schulgebäudes sowie die Finanzierung einer einfachen Grundausstattung mit Nähmaschinen, Computern und einem Backofen.

Mit großer Dankbarkeit blickt die BLLV-Kinderhilfe auf das vergangene Jahr zurück. Das denkbar Schulfrühstück hat, als

zweites Schwerpunktprojekt neben dem Kinderhaus in Peru, hier in Bayern mehr als 7.000 bedürftigen Kindern helfen können, die normalerweise ohne Frühstück in die Schule kommen. Regelmäßig erhielten sie vor dem Unterricht ein gesundes Frühstück, organisiert und begleitet von über 200 ehrenamtlichen Helfern, den sogenannten Frühstückslotsen. In den morgendlichen 30 Minuten vor Unterrichtsbeginn entsteht so in über 150 Schulen eine wunderbare Gemeinschaft, in der die Kinder Zuwendung bekommen und sich soziale Kompetenzen aneignen. Auf diese Weise wird auch der Unterricht in vielen Klassen leichter und effektiver.

Die Armut nimmt auch bei uns zu. So ist die Nachfrage nach einem denkbar-Frühstück seit der Pandemie deutlich gestiegen. Leider sieht sich das Sozialministerium allerdings seit Jahren nicht in der Lage, die finanziellen Mittel für die 48 mit staatlichen Mitteln finanzierten Grundschulen trotz zunehmenden Bedarfs auch nur geringfügig zu erhöhen beziehungsweise die Förder Richtlinien den heutigen, nachepidemischen Gegebenheiten

anzupassen. So bleibt es weiter dabei, dass der größte Teil der Mittel aus Zuwendungen von Stiftungen, wie der BayWa Stiftung und der Stiftung ANTENNE BAYERN hilft oder von Hilfsorganisationen wie ein Herz für Kinder, SZ Gute Werke oder der Deutsche Postcode Lotterie finanziert werden muss. Wir hoffen sehr, dass sich dies im kommenden Jahr endlich ändern wird.

Die BLLV-Kinderhilfe half auch bei einem Ausbildungsprogramm jugendlicher Moderatoren aus der Ukraine, beim Ausbau einer Grundschule in Südafrika in einem von Kriminalität und Gewalt erschütterten Township und bei der Fertigstellung eines Schulgebäudes in Ghana. Besonders freuen wir uns über unser neues Projekt „Kinder helfen Kindern“: Aktive Schulen und Klassen können einen Zuschuss von bis zu 500 Euro für ein von ihnen initiiertes und begleitetes Sozialprojekt erhalten (Antrag unter [bllv.de/kinderfonds](https://www.bllv.de/kinderfonds)).

„Wir sind so dankbar für die Wertschätzung und finanzielle Unterstützung, die wir für unsere humanitäre Arbeit von vielen Kolleginnen und Kollegen erhalten“, sagt Ursula Schroll, engagierte Vorsitzende der BLLV-Kinderhilfe. „Mit ihrer Unterstützung wollen wir auch 2025 unsere humanitäre Arbeit fortsetzen.“ //



NOCH EIN HINWEIS IN EIGENER SACHE: Die BLLV-Kinderhilfe arbeitet ehrenamtlich und hat sehr geringe Verwaltungskosten. Für die Betreuung unseres Schulfrühstücks brauchen wir dringend Menschen, die bereit wären, als Frühstückslotse/in mitzuarbeiten oder dabei zu helfen, lokale Sponsoren zu finden. Wer mehr über ein mögliches ehrenamtliches Engagement für das Schulfrühstück, für das Kinderhaus in Peru oder für die Kinderhilfe allgemein wissen möchte, meldet sich bitte unter 089 72100864 oder per Mail: denkbar@kinderhilfe.bllv.de



Kita und Förderräume: In Ghana sponsert die Kinderhilfe den Ausbau eines von „Sternstunden“ finanzierten Gebäudes.



Einfach spenden!

Zeichen der Menschlichkeit. Nicht reden, sondern handeln!

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

wir Lehrerinnen und Lehrer wissen nur allzu gut, was damit gemeint ist. Täglich stehen wir in der Schule unsere Frau und unseren Mann. Uns macht man nichts über die äußerst schwierige Situation in den Schulen vor. Deshalb fordern wir in der Schulpolitik wohlüberlegtes und planvolles Handeln und nicht wohlfeile, nichtssagende Reden.

Auch mit unserem eigenen sozialen Engagement in der Kinderhilfe halten wir es so. Nicht reden, sondern handeln – das ist die Überzeugung unserer ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und unseres BLLV. Unsere Projekte setzen in dieser oft trostlosen Welt kleine Zeichen der Menschlichkeit und der Hoffnung. Für die vielen Kinder und Jugendlichen, die wir erreichen, sind diese allerdings gar nicht kleine, sondern wahrhaft große, ihr ganzes Leben begleitende und prägende Erfahrungen. Deshalb werden wir nicht müde in unserem Einsatz für eine menschliche Gesellschaft und geben, auch in dieser Zeit der Hiobsbotschaften nicht auf. Im Gegenteil, wir stehen zu unserer Überzeugung.

So bitten wir Sie auch dieses Jahr wieder um eine Spende für unsere Kinderhilfe.

In großer Dankbarkeit

Simone Fleischmann,
Präsidentin des BLLV

Ursula Schroll,
Vorsitzende der BLLV-Kinderhilfe



FÜR EINE WELT VOLLER KREATIVITÄT.

THE CAMPUS IN DER BMW WELT:
UNSERE WORKSHOPS FÜR KINDER.



Jetzt
buchen

Kreativworkshops, Programmierworkshops, Kindergeburtstage, Events, Feriencamps, Klassen- und Gruppenausflüge. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite: <https://www.bmw-welt.com>



Eintritt,
Seminare,
Rundgänge
kostenfrei

Aktuelle Vermittlungsangebote
Telefon: 089-233-67007
nsdoku.de

Öffnungszeiten
Di–So 10–19 Uhr
Erweiterte Öffnungszeiten
für Schulklassen

NS-Dokumentationszentrum
München
Max-Mannheimer-Platz 1
80333 München

MÜNCHEN UND DER NATIONAL- SOZIALISMUS



Stimmen_Orte_Zeiten
Juden in München

Jetzt auch digital -
sprechen Sie uns an!
+49 89 233 29402

Vermittlungsangebote
für Schulklassen
Öffnungszeiten für Schulen
ab 8:30 Uhr

Jüdisches Museum München
St.-Jakobs-Platz 16 | 80331 München
www.juedisches-museum-muenchen.de

© Daniel Schvarcz



Deutscher Schulpreis



Jetzt
mitmachen!



Fünf gute Gründe, warum sich auch Ihre Schule für den Deutschen Schulpreis bewerben sollte

- 1. Individuelle Beratung:** In nur zwei Minuten ist Ihre Schule registriert. Expert:innen beraten und begleiten Sie anschließend bei Ihrer Bewerbung.
- 2. Gemeinsam erfolgreich:** Die Bewerbung ist mehr als nur das Einreichen von Unterlagen. Mit Ihrem Kollegium reflektieren Sie Ihre Erfahrungen und machen Erfolge sichtbar!
- 3. Wertvolles Feedback:** Alle Bewerberschulen erhalten auf Wunsch ein Feedback der Jury – ein idealer Ausgangspunkt für die weitere Schulentwicklung.
- 4. Exklusive Fortbildungsangebote:** Mit einer Bewerbung sind Sie automatisch eingeladen, am Forum des Deutschen Schulpreises teilzunehmen. Vernetzen Sie sich mit Gleichgesinnten, und nutzen Sie die digitalen Workshops und die individuelle Beratung.
- 5. Preisgeld:** Und zu guter Letzt: Die Preisträgerschulen können sich über großzügige Preisgelder freuen.

Wir wollen Ihre Schule kennenlernen und wissen, wie Ihre Schule qualitätsvolles Lehren und Lernen gestaltet!

Bis zum 31. Januar 2025 können Sie sich online für den Deutschen Schulpreis 2025 bewerben.

Alle Informationen finden Sie auf deutscher-schulpreis.de/bewerbung



Steigerwaldklinik Burgebrach

Am Eichelberg 1 - 96138 Burgebrach
09546 88 510 - sekretariatps@gkg-bamberg.de - www.gkg-bamberg.de



Wir sorgen für Sie. Heute und morgen.

Die Fachabteilung für
Psychosomatik und Psychotherapie behandelt:

- Depressive Erkrankungen
- Burn-Out- und Stress-Erkrankungen
- Selbstwertkrisen
- Angststörungen
- Somatoforme Funktionsstörungen
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Essstörungen
- Störungen der Persönlichkeitsentwicklung
- Zwangsstörungen u. a.

GKG

Gesundheit & Lebensqualität
für die Region Bamberg



Dr. med. C. Lehner
Chefarzt und
Facharzt für
Psychiatrie und
Psychotherapie

GUTSCHEIN FÜR ZIEL-TOOLS / ERLEBNISPÄDAGOGIK

Neben unseren Erlebnispädagogik-Büchern bieten wir ein breit gefächertes Sortiment von Übungs- und Spielmaterialien für unterschiedliche Einsatzgebiete des handlungsorientierten Lernens an. Wir legen Wert auf solide Verarbeitung, transparente Herstellungs- und Lieferwege sowie ein faires Preis-Leistungsverhältnis.



Mit dem Gutscheincode BLLV24 erhalten Sie bis 31. Dezember 10 € Rabatt für Bestellungen ab 50 €. Versandkostenfrei geliefert, solange der Vorrat reicht. Jetzt einlösen auf www.ziel-tools.de



impresum

Inhaber und Verleger

BAYERISCHER LEHRER- UND LEHRERINNENVERBAND E.V. Bavariaring 37, 80336 München

Postanschrift

Postfach 150209, 80042 München
Telefon 089 721001-0 II Fax 089 721001-90
bllv@bllv.de, www.bllv.de

Redaktionsanschrift

„bayerische schule“ Redaktion
Roseggerstr. 13 II 97422 Schweinfurt
Telefon 09721 5497913

Chefredakteur

STEVE BAUER
Roseggerstr. 13 II 97422 Schweinfurt
Telefon 09721 5497913
redaktion@bayerische-schule.de

Stellvertreter: MARTIN MAURER

Rummelsberg 88 II 90592 Schwarzenbruck
Telefon 0176 83328640
redaktion2@bayerische-schule.de

Art Direction II Layout II CvD

SONIA HAUPTMANN
Bavariaring 37 II 80336 München
Telefon 089 721001-820 II grafik1@bllv.de

Redaktionsleiter

CHRIS BLEHER II www.christianbleher.de

Schlussredaktion

DANIELA ESCH II daniela.esch@vollwortkost.de

Bildkonzeption

SONIA HAUPTMANN II grafik1@bllv.de

Bildredaktion

FOTOSTUDIO ROEDER
Justus-von-Liebig-Ring 11 b II 82152 Krailling
Telefon 089 8501706 II foto@janroeder.de
außer S. 18 (r.) privat,
S. 19 (l.) Antje Gildemeister, (r.) privat,
S. 3 (2. v. u.), S. 36, S. 67 (o.) Dominik Gierke,
S. 50 Camilla Martini / Alamy Stock Photo,
S. 58, 59, 61 Robert Schwarzenböck,
S. 3 (u.), S. 62-67(u.) BLLV Archiv

Illustration II Cartoon

BERND WIEDEMANN (S. 7)
bw@buchillustration.de

DIRK MEISSNER (S. 23)

info@meissner-cartoons.de

Autorenkürzel

bs bayerische schule, jd Juliane Dahlke,
mm Martin Maurer, wah Wilhelm A. Hees

Anzeigen

A.V.I. ALLGEMEINE VERLAGS- UND
INFORMATIONSGESELLSCHAFT MBH
Hauptstraße 68 A II 30916 Isernhagen
Telefon 05139 985659-0 II Fax 05139 985659-9
info@avi-fachmedien.de

Druck

ORTMANNTE@M GMBH CROSSMEDIA DRUCK
Telefon 08654 4889-0 II Fax 08654 4889-15
www.OrtmannTeam.de

Die „bayerische schule“ erscheint sechs Mal pro Jahr. Sie wird allen BLLV-Mitgliedern geliefert; der Mitgliedsbeitrag enthält den Bezugspreis. Nichtmitglieder können die „bayerische schule“ direkt bei der BLLV Landesgeschäftsstelle (s. oben) bestellen. Der Bezugspreis beträgt für Privatpersonen 50,00 Euro, für Institutionen (gegen Nachweis) 10,00 Euro jährlich; Einzelhefte inkl. Versand 10,00 Euro. Leserzuschriften senden Sie bitte direkt an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Falls kein Rückporto beiliegt, können sie auch nicht an den Autor zurückgesandt werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers, nicht unbedingt die der Redaktion oder des BLLV dar.

Beilagen der Ausgabe finden Sie auch online unter bllv.de/bayerische-schule



NEU

Zahlungen auf edoop.de

fit für § 2b Umsatzsteuergesetzes (UStG)

edoop.de

MEINE ZEIT GEHÖRT DEN SCHÜLERN



✓ Vollständige Dokumentation von Bargeldströme und Transaktionen

✓ Transparenz: Echtzeit-Einsicht für Schule, Lehrkräfte und Eltern in die Geldverwendung

✓ Zeitersparnis: Vereinfachung der Verwaltung und Zahlungsprozesse

✓ Unbürokratische Lösung: Zahlungsaufforderungen und Sockelbeträge flexibel mischen

✓ Unkomplizierter Umgang mit Bargeld



Noch mehr zum Thema
Zahlungen auf

www.edoop.de



Sicheres Datenhosting in Deutschland